

Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph; Engerer, Hella; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild

Working Paper — Digitized Version

Russlands Aufschwung in Gefahr

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 372

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph; Engerer, Hella; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild (2000) : Russlands Aufschwung in Gefahr, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 372, ISBN 3894562218, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48026>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

372

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Russlands Aufschwung in Gefahr

Inhalt

I.	Beschleunigte Erholung	3
II.	Strukturelle Anpassungen, Preise, Beschäftigung	5
III.	Öffentliche Haushalte	10
IV.	Grundzüge der Steuerreform	15
V.	Geldpolitik und Bankensektor	17
VI.	Wechselkurspolitik und Zahlungsbilanzentwicklung	20
VII.	Institutionelle Reformen	23
VIII.	Zusammenfassung	27

Dieser Bericht wurde am 12. Dezember 2000 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch und Ralph Heinrich mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Wolfram Schrettl und Mechthild Schrooten. Dieser Bericht wird auch im DIW-Wochenbericht 50/2000 veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich

<http://www.ddb.de>

ISBN 3–89456–221–8

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2000.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

ISSN 0455-0420

Nach einer fast ein Jahrzehnt anhaltenden Durststrecke wird Russland nun bald auf zwei Jahre wirtschaftlichen Wachstums zurückblicken können. Dieses Wachstum wies sogar eine Beschleunigungstendenz auf, so dass die optimistischen Erwartungen der Institute („ein Wachstum von 5 Prozent wäre nicht überraschend“) für das Jahr 2000 sogar noch übertroffen werden. Die russische Regierung hat sich nun vorgenommen, nach den makroökonomischen Stabilisierungsfortschritten endlich die lange und sträflich vernachlässigten Strukturprobleme anzugehen und damit vor allem die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern.

In der Tat stehen auf diesem Gebiet höchst dringliche Aufgaben an, denn es wäre ein Irrtum zu glauben, das kräftige Wirtschaftswachstum werde sich quasi von alleine fortsetzen. Der jüngste Aufschwung ist ohnehin nicht nur den gestiegenen Weltmarktpreisen für Rohöl und der Abwertung des russischen Rubels zuzuschreiben. Vielmehr hat die russische Wirtschaft — ohne bewusstes Zutun der Regierung — nach der Krise von 1998 auch einen Kostenvorteil erlangt, den sich viele Beobachter für die neuen Bundesländer immer gewünscht hatten: drastisch abgesenkte Reallöhne.

Diese Reallohnsenkungen hatten in Russland wegen der abwertungsbedingten Importsubstitution keineswegs einen Rückgang der Binnennachfrage zur Folge, sehr wohl dagegen eine außerordentlich starke Zunahme der Unternehmensgewinne, die sich auch in einem kräftigen Investitionswachstum niederschlug. Aus dieser Perspektive droht der Dauerhaftigkeit des gegenwärtigen Aufschwungs vor allem dann Gefahr, wenn nicht erkannt wird, dass die gegenwärtige Konstellation eines realen Wirtschaftswachstums von etwa 7 Prozent und eines realen Investitionswachstums von zuletzt fast 20 Prozent bestenfalls kurzfristig mit dem neuerlichen Reallohnwachstum von etwa 24 Prozent vereinbar ist.

I. Beschleunigte Erholung

Im Jahr 2000 wird das Wachstum des russischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit etwa 7 Prozent mehr als doppelt so hoch ausfallen wie im Jahr 1999, dem ersten Jahr der Erholung. Die Wachstumsrate der Bruttoanlageinvestitionen wird sogar etwa beim Vierfachen der Vorjahresrate liegen (Tabelle 1).¹ Das zeitliche Muster der Erholung lässt sich wie folgt skizzieren: Im unmittelbaren Gefolge der Krise vom August 1998 kam es zunächst zu einer starken Abwertung des russischen Rubels, mit der Folge drastisch gestiegener (Rubel-)Preise für Importgüter und damit sehr schnell und kräftig zurückgehender Importvolumina. Der mit der Abwertung einhergehende starke Preisschub bewirkte eine rasche Absenkung der Reallöhne um weit mehr als 30 Prozent und der realen Renten um etwa 50 Prozent. Dies bedeutete zwar zunächst einen Nachfragerückgang; die ebenfalls abwertungsbedingte Umlenkung der Nachfrage zugunsten heimischer Produkte nahm jedoch solche Ausmaße an, dass russische Produzenten sehr bald (schon gegen Ende 1998) Produktionssteigerungen meldeten. In der Folge begann im Laufe des Jahres 1999 zunächst das BIP zu expandieren, mit einer Verzögerung auch die Investitionstätigkeit. Der im Zusammenhang mit den gestiegenen Weltmarktpreisen für Erdöl und der Abwertung des Rubels zu erwartende Anstieg der Exporte wurde — in Dollar-Werten, aber auch mengenmäßig — erst im letzten Quartal 1999 deutlich fühlbar. Die schon vorher einsetzende kräftige Zunahme des Handelsbilanzüberschusses war allein auf den Rückgang der Importe zurückzuführen. Im Jahr 2000 setzte dann auch mit den Verbesserungen bei wichtigen Einkommenskategorien eine Erholung beim privaten Verbrauch ein. Die Hauptursache für die kräftige Zunahme der Investitionstätigkeit ist die Explosion der Unternehmensgewinne, die zunächst auf die abwertungsbedingte Importsubstitution und die Reallohnsenkungen, erst mit Verzögerung auch auf die Zunahme der Exporterlöse zurückzuführen ist.

¹ Soweit nicht anders vermerkt, sind die hier verwendeten Zahlen Veröffentlichungen des Staatlichen Komitees für Statistik (Goskomstat) entnommen. Die Frage der Zuverlässigkeit dieser Daten wurde in früheren Berichten mehrfach angesprochen.

Tabelle 1: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990–2000 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in Prozent)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 I–III ^g	2000 Jan–Okt
Bruttoinlandsprodukt ^a	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,2	-4,9	0,8	-4,9	3,2	7,3 ^h	7 ^h
Industrieproduktion ^a	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	2,0	-5,2	8,1	9,7	9,8
Agrarproduktion ^a	-3,6	-5,0	-9,0	-4,0	-12,0	-8,0	-5,1	1,3	-13,2	2,4	4,0	3,7
Bruttoanlageinvestitionen ^a	0,1	-15,0	-40,0	-12,0	-24,0	-10,0	-18,1	-5,0	-6,7	4,5	17,5	19,6
Gütertransportvolumen ^b	—	-7,4	-23,6	-5,0	-24,3	-10,2	-17,7	-9,8	-5,3	5,5	—	—
Gütertransportvolumen ^c	—	-7,4	-13,9	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,4	-3,4	5,2	5,0	5,0
Einzelhandelsumsatz ^a	12,0	-3,2	-3,0	1,9	0,1	-7,0	-4,1	4,7	-3,3	-7,7	8,3	8,4
Entgeltliche Dienstleistungen für Endverbraucher ^a	10,2	-17,0	-18,0	-30,0	-38,0	-18,0	-5,8	3,3	-0,5	2,4	6,4	—
Nominale Geldeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	18,0	120	750	1 030	360	158	46,1	22,7	5,8	58,3	32,4	32,5
Reale Geldeinkommen der privaten Haushalte ^d	—	7,5	-50,5	11,2	13,0	-15,0	-0,8	6,3	-16,9	-15,8	9,3	9,4
Nominallöhne und -gehälter	15,0	81,0	994	878	276	114	57,3	20,2	10,6	43,4	49,8	49,2
Reallöhne und -gehälter	—	-3,0	-33,0	0,4	-8,0	-28,0	6,4	4,7	-13,4	-22,8	23,6	23,3
Renten, real	—	—	-48,1	30,7	-3,2	-19,5	8,7	-5,4	—	-39,4	26,1	—
Verbraucherpreise ^e	6,0	160	2 510	840	215	131	21,8	11,0	84,4	36,5	19,2 ⁱ	20,1 ⁱ
Industrielle Erzeugerpreise ^e	4,0	240	3 280	895	233	175	25,6	7,5	23,2	67,3	35,2 ⁱ	35,5 ⁱ
Warenexport (in Dollar)	—	—	—	11,3	13,2	20,1	9,3	-0,3	-15,9	1,3	48,1 ^j	46,7
Warenimport (in Dollar)	—	—	—	3,1	14,0	20,6	12,9	7,0	-19,8	-31,7	7,9 ^j	9,0
Arbeitslosenquote ^f	—	—	5,2	6,0	7,7	9,0	9,9	11,2	11,9	11,7	9,9	10,0

^aReal. — ^bAuf Tonnenbasis. — ^cAuf Basis Tonnenkilometer. — ^d1991–1993: Dezember zu Dezember des Vorjahres; 1994–1999: Jahresdurchschnitt. — ^e1990: Jahresdurchschnitt, ab 1991: Dezember zu Dezember des Vorjahres. — ^fAm Periodenende; ILO-Methodik. — ^gJanuar–September 2000 zu entsprechendem Vorjahreswert. — ^hSchätzung. — ⁱJanuar–September 2000, auf Jahresbasis hochgerechnet. — ^jJanuar–August 2000 gegenüber Vorjahresperiode.

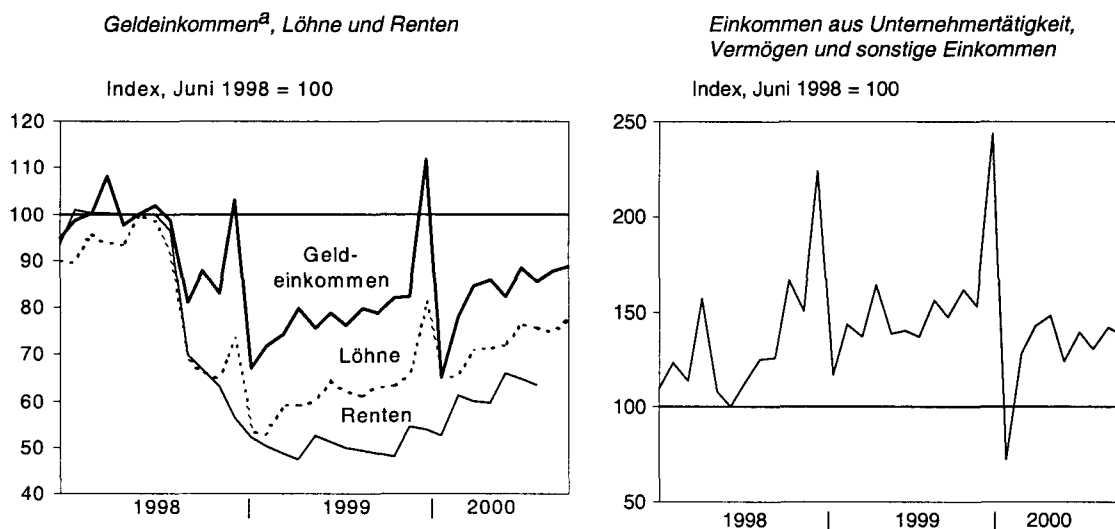
Quelle: Goskomstat (RSFSR): *Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g.* Moskau 1991, S. 129,177, 352; Goskomstat (Rossii). *Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii.* Moskau 1992, S. 14 f; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g.* Moskau 1996, S. 254; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g.* Moskau 1997, S. 7, 8, 179 und 182; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g.* Moskau 1998, S. 7–8, 103 ff. und 284; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1998 g.* Moskau 1999, S. 7–8, 105, 260, 279; *Rossijskij statističeskij ežegodnik 1999,* Moskau 1999. S. 170, 564; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g.* Moskau 1999, S. 7–8, 58, 179 und 192; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'–sentjabr' 2000,* S. 7, XXX, XXX und XXX; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 10. November 2000.

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum des Jahres 2000 setzt sich — von der Verwendungsseite aus gesehen — etwa zur Hälfte aus der Zunahme des privaten Verbrauchs und etwa zu einem Drittel aus der Zunahme der Investitionstätigkeit zusammen. Die Ausweitung des Außenbeitrags wurde, bei kaum veränderten Importen, vor allem von der steilen Zunahme der Exporte bestimmt. Die kräftige Schubwirkung der Exporte auf die BIP-Entwicklung wurde jedoch nahezu völlig von der restriktiven Fiskalpolitik neutralisiert.

Auf der Einkommensseite des BIP sind die aggregierten Gewinne deutlich gestiegen. Hierin enthalten sind die Ergebnisse der Verlustbetriebe, deren Zahl trotz eines weiteren leichten Rückgangs immer noch einen Anteil von fast 40 Prozent des Unternehmenssektors ausmacht. Die Gesamteinkommen der privaten Haushalte sind jedoch real (mit gut 9 Prozent) deutlich langsamer gestiegen als die Löhne (24 Prozent) und die Renten (26 Prozent) (Schaubild 1). Durch den Anstieg der Reallöhne ist mittlerweile schon etwa die Hälfte des Kostenvorteils aufgezehrt worden, der für die Unternehmen nach der Krise von 1998 entstanden war. Die übrigen Einkommen der privaten Haushalte — vor allem die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, insbesondere ausgeschüttete Gewinne² — wiesen dementsprechend zuletzt auch wieder eine Abschwächung auf.

² Die in der russischen Statistik ausgewiesenen Angaben über Gewinne unterliegen einer Reihe von Bedenken, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen: Einerseits dürften die Angaben insofern erheblich nach oben verzerrt sein, als sie auch in erheblichem Maße de facto uneinbringliche Forderungen einschließen. Andererseits dürften sie auch nach unten verzerrt sein, denn russische Unternehmen versuchen bekanntlich, entstandene Gewinne so weit wie nur irgend möglich zu verschleiern und so der Besteuerung zu entziehen.

Schaubild 1: Reale Einkommen der privaten Haushalte 1998–2000



^aSumme der Geldeinkommen der privaten Haushalte.

Quelle: Goskomstat (Russii): *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1999 goda*, S. 180/185; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii sentjabr' 2000*; Berechnungen der Institute.

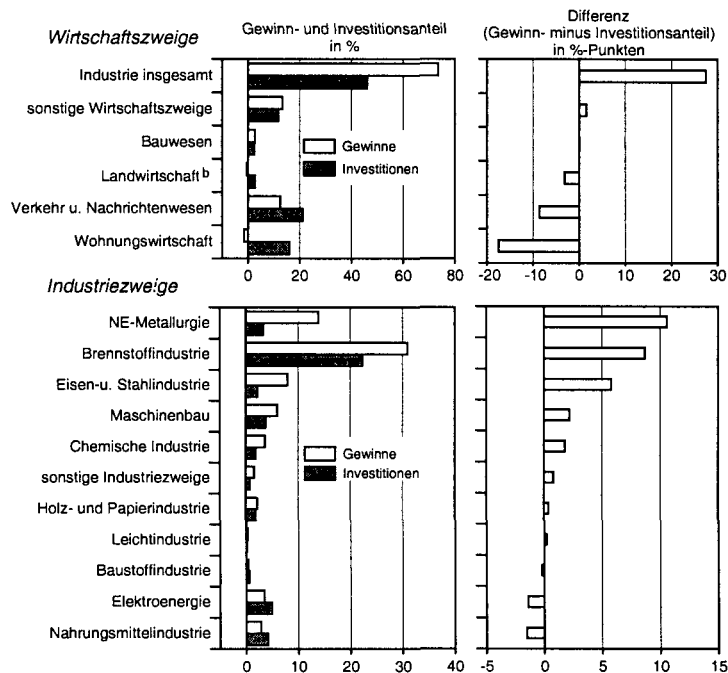
II. Strukturelle Anpassungen, Preise, Beschäftigung

Eine Gegenüberstellung der Struktur von Gewinnen und Investitionen (Schaubild 2) erweist sich als recht aufschlussreich.³ Zunächst ist festzuhalten, dass der überwiegende Teil der Gewinne in der Industrie anfällt (über 70 Prozent). Keine Gewinne bzw. sogar Verluste erwirtschafteten dagegen die Wohnungswirtschaft und die Landwirtschaft.⁴ Bezüglich der Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit liegt zwar auch die Industrie vorn, ihr Anteil entspricht jedoch bei weitem nicht dem Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Gewinnen. In entsprechendem Umfang werden Gewinne, die in der Industrie anfallen, nicht für Investitionen in der Industrie verwendet. Dagegen werden vor allem in der Wohnungswirtschaft und im Bereich Transport und Kommunikation sowie in der Landwirtschaft Investitionen getätigt, ohne dass diesen auch Gewinne gegenüberstünden. Dies kann so verstanden werden, dass die Industrie diese Sektoren der russischen Volkswirtschaft quasi mitfinanziert. Dieser Sachverhalt ist umso bemerkenswerter, als auch innerhalb der Industrie ein enorm hoher Anteil von Verlustbetrieben zu verzeichnen ist. Vor allem die Bereiche NE-Metallurgie, Brennstoffe sowie Eisen und Stahl sind es, deren Gewinne nicht für eigene, sondern für Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen bereitgestellt bzw. abgegeben werden. Ein Nettoempfänger in diesem Sinne ist auch die Nahrungsmittelindustrie.

Die geschilderten Mittelflüsse können auf marktwirtschaftlichen Mechanismen beruhen, wie dies im Fall der Nahrungsmittelindustrie zu vermuten ist, sie können aber auch auf staatliche Eingriffe zurückzuführen sein. Letzteres dürfte mit ziemlicher Sicherheit auf die Wohnungswirtschaft und die Landwirtschaft zutreffen. Angaben zur Finanzierungsstruktur der Investitionen stehen nur für die Gesamtwirtschaft, nicht dagegen disaggregiert nach Wirtschaftsbereichen zur Verfügung. Über Bank-

³ Selbstverständlich müssen die Gesamtgrößen von Gewinnen und Investitionen nicht zwangsläufig gleich sein. Im vorliegenden Fall jedoch liegen die beiden Variablen sehr wohl in einer ähnlichen Größenordnung bzw. die Gewinne übersteigen vergleichsweise geringfügig die Investitionen.

⁴ Für die Landwirtschaft liegen noch keine aktuellen Angaben vor. Es darf mit einiger Sicherheit vermutet werden, dass am Ergebnis des Vorjahres keine Veränderung vorzunehmen ist (vgl. *Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen*, DIW-Wochenbericht 15/2000 und Kieler Diskussionsbeitrag 360).

Schaubild 2: Anteile der Wirtschaftszweige an den gesamtwirtschaftlichen Gewinnen und Investitionen^a

^aBasierend auf Angaben für das 1. Halbjahr 2000. Neuere Daten sind bislang nicht verfügbar. — ^bAngaben zu den Gewinnen in der Landwirtschaft liegen bislang nicht vor. Es wurde angenommen, dass die Gewinne, wie im Vorjahr, praktisch bei Null liegen.

Quelle: Goskomstat (Russii): *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar'–ijul' 2000 goda*, Moskau 2000; Berechnungen der Institute.

kredite werden insgesamt nur 4 Prozent der Investitionen finanziert. Eine dominante Position nehmen die öffentlichen Haushalte ein (42 Prozent der Fremdmittel), wesentlich geringere Anteile entfallen auf diverse Investitionsfonds (20 Prozent) und (staatliche) außerbudgetäre Fonds (8 Prozent).⁵ Es liegt die Vermutung nahe, dass gerade in den ertragsarmen Wirtschaftsbereichen (Wohnungswirtschaft und Landwirtschaft) die Zuführung von Investitionsmitteln noch weit ausgeprägter als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt über die öffentlichen Haushalte erfolgt.

Die Produktion in der Industrie, dem bei weitem größten Wirtschaftsbereich, nahm im Jahr 2000 mit einer Rate von fast 10 Prozent noch schneller zu als im Vorjahr. Sämtliche bedeutenden Industriezweige zeigten eine Aufwärtsentwicklung, deren Raten sich vielfach im zweistelligen Bereich bewegen (Tabelle 2). Selbstverständlich sind hohe Wachstumsraten eines Industriezweigs in ihrer Bedeutung für das gesamtindustrielle Wachstum dann zu relativieren, wenn auf diesen Zweig nur ein geringer Anteil an der Industrieproduktion entfällt. Dies gilt etwa für die Leichtindustrie, die zwar mit fast 30 Prozent wächst, jedoch nur noch weniger als 2 Prozent zur Industrieproduktion beiträgt.

Berücksichtigt man neben der Wachstumsrate eines Industriezweigs auch sein relatives Gewicht, so ergibt sich eine Rangfolge der Beiträge zum Wachstum der Gesamtindustrie wie in Schaubild 3. Es zeigt sich, dass der Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung weiterhin den mit Abstand größten Beitrag zum gesamtindustriellen Wachstum leistet, gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie, der Nahrungsmittelindustrie, der NE-Metallurgie, der Brennstoffindustrie, der chemischen Industrie, der Holz- und Papierindustrie, der Leichtindustrie, der Baustoffindustrie und der Elektrizitätswirtschaft. An dieser Rangfolge hat sich gegenüber der Vorperiode wenig geändert.

⁵ „Andere“, nicht spezifizierte Finanzierungsquellen steuern weitere 21 Prozent der Fremdmittel bei.

Tabelle 2: Entwicklung der Industrieproduktion nach Zweigen 1990–2000 (reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 I–III	2000 Jan–Okt
<i>Industrie insgesamt^a</i>	0	-8	-18	-14	-21	-3	-4	2	-5,2	8,1	9,7	9,8
Elektrizitätswirtschaft	2	0	-5	-5	-9	-3	-2	-2	-2,5	0,2	2,1	2,4
Brennstoffindustrie	-3	-6	-7	-12	-11	-2	-3	0	-2,5	2,4	4,8	4,9
Eisen- und Stahlindustrie	-2	-7	-16	-17	-17	9	-4	1	-8,1	14,4	19,0	17,9
NE-Metallurgie	-2	-9	-25	-14	-9	1	-5	5	-5,0	8,5	11,2	11,5
Chemische und petrochemische Industrie	-2	-6	-22	-22	-29	7	-11	2	-7,5	21,7	15,5	15,0
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1	-10	-15	-16	-38	-8	-11	4	-7,5	15,9	16,0	17,5
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1	-9	-15	-19	-31	-5	-22	1	-0,4	17,2	13,7	13,2
Baustoffindustrie	-1	-2	-20	-16	-29	-8	-25	-4	-5,8	7,7	9,5	9,4
Leichtindustrie	0	-9	-30	-23	-47	-31	-28	-2	-11,5	20,1	29,2	28,6
Nahrungsmittelindustrie	0	-10	-16	-9	-22	-9	-9	-1	-1,9	7,5	9,2	9,1
Mühlen- und Futtermittelindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-0,3	-3,8	—

^a Ab 1994 einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfasst.

Quelle: Goskomstat (Rossii): *Rossijskaja Federacija v 1992 godu*. Moskau 1993, S. 367; *Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996*. Moskau 1996, S. 492; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g.* Moskau 1997, S. 26–27; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g.* Moskau 1999, S. 16; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 2000*. Moskau 2000, S. 12; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii sentjabr' 2000*. Moskau 2000, S. X; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 20. November 2000.

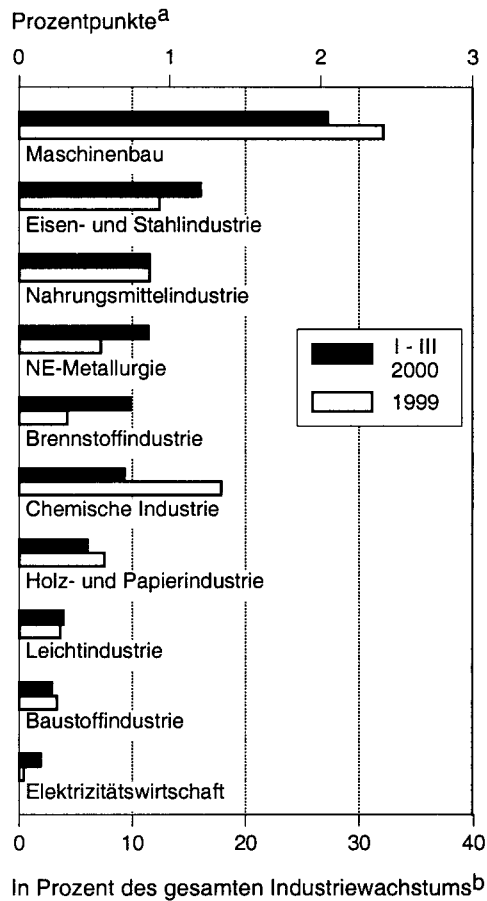
In Bezug auf Entwicklungen innerhalb der einzelnen Industriezweige sollen nur wenige Punkte hervorgehoben werden. Im Energiebereich fällt auf, dass die Stromerzeugung mit Atomkraft wieder, mit fast 9 Prozent, deutlich wächst (bei einem Anteil von gut 15 Prozent). In der Eisen- und Stahlindustrie sticht die starke Zunahme der Produktion von Stahlröhren (61 Prozent) hervor. In der chemischen und petrochemischen Industrie ist eine kräftige Ausweitung der Produktion von Reifen für Ackerfahrzeuge (22 Prozent) zu verzeichnen. Mit dieser Beobachtung korrespondiert eine Entwicklung im Bereich Maschinenbau, und zwar die weiterhin äußerst starke Zunahme der Produktion von Landmaschinen (54 Prozent). Nicht ganz so schnell, aber doch fast durchweg mit zweistelligen Zuwachsraten, expandieren die übrigen Bereiche des Maschinenbaus. Eine gewichtige Ausnahme bildet nur der Automobilbau (mit vergleichsweise geringen 4 Prozent), wobei die Pkw-Produktion am langsamsten (um knapp 2 Prozent) stieg. Im Fall der Nahrungsmittelindustrie zeigt sich die gesamtwirtschaftliche Erholung auch daran, dass sie sich im Jahr 2000 nicht mehr, wie noch im Vorjahr, nur auf einfache Grundnahrungsmittel erstreckt, sondern auch wieder höherwertige Lebensmittel (wie Fleisch und Wurstwaren) erfasst.

Diese Beispiele reflektieren wieder ein Charakteristikum des gegenwärtigen Aufschwungs: Einerseits geht er auf das Wirken von Marktmechanismen zurück, wie dies etwa im Fall der zunehmenden Fleischproduktion unterstellt werden darf, andererseits zeigt sich auch deutlich das Wirken direkter staatlicher Eingriffe, wie dies für das Beispiel der Zunahme des Landmaschinenbaus vermutet werden muss.⁶ Ähnliches kann für die Produktionssteigerungen im „militärisch-industriellen Komplex“ gelten.⁷

⁶ Premierminister Kasjanow hat erst jüngst wieder auf die massiven staatlichen Zinssubventionen für die Landwirtschaft verwiesen. Vgl. das Interview in: *Der Spiegel*, Nr. 48, vom 27. November 2000, S. 249. Im Jahr 2001 soll nach vorläufigen Angaben mindestens die Hälfte der landwirtschaftlichen Investitionen durch verbilligte Kredite finanziert werden. Vgl. *Izvestija* vom 6. Dezember 2000.

⁷ Im 1. Halbjahr 2000 belief sich die Zuwachsrate auf 30 Prozent (*Ekonomika i žizn'*, Nr. 35, 2000, S. 1). Vgl. zum militärisch-industriellen Komplex auch Russische Rüstungsindustrie: Kein Phönix aus der Asche. Bearbeiterin: Petra Opitz. In: *DIW-Wochenbericht 37/2000*.

Schaubild 3: Beiträge der Industriezweige zum Wachstum der Gesamtindustrie 1999 und 2000



^aDie Summe dieser Wachstumsbeiträge ergibt die Wachstumsrate der Gesamtindustrie von 9,7 Prozent für die ersten drei Quartale von 2000. — ^bDie Summe dieser Anteile ergibt 100 Prozent des gesamten Wachstums der Industrie.

Quelle: Goskomstat (Rossii): *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii sentjabr' 2000*, Moskau, 2000; Berechnungen der Institute.

Es wurde bereits erwähnt, dass eine deutliche Steigerung der russischen Exporte erst gegen Ende des Jahres 1999 einsetzte. Eine zentrale Rolle spielte dabei bekanntlich die Steigerung der Weltmarktpreise für Energieträger. Zu ergänzen ist jedoch, dass es auch sehr starke mengenmäßige Exportsteigerungen, vor allem im Rohstoffbereich, gab.⁸ Soweit überhaupt schon eine Zunahme der Importe zu verzeichnen ist, gilt dies vor allem für Verbrauchsgüter. Dagegen kam es insbesondere bei Maschinen und Ausrüstungen noch zu Rückgängen von mehr als 3 Prozent. Allerdings sind in der Kategorie Maschinen und Ausrüstungen auch Kraftfahrzeuge enthalten, deren Importe sehr stark zulegten (Pkw: 14 Prozent, Lkw: 31 Prozent). Dies bedeutet, dass andere Maschinenimporte, also vor allem von Investitionsgütern, immer noch keinerlei Erholungstendenz aufweisen.

Die Preise stiegen im Jahr 2000 deutlich langsamer als noch im Vorjahr (Tabellen 3 und 4). Weiterhin sind jedoch starke Veränderungen der relativen Preise zu beobachten. Soweit diese Preisveränderungen eine Anpassung an relative Knappheiten bedeuten, wie etwa bei den Preissteigerungen für Energieträger, sind sie höchst sinnvoll. Die gegenwärtige durchschnittliche Steigerungsrate der Verbraucherpreise von 20 Prozent reflektiert u.a. kräftige Verteuerungen bei Energieträgern; eine niedri-

⁸ Beispielsweise die prozentualen Steigerungen für Erze: 55, Steinkohle: 52 und Zellulose: 36.

Tabelle 3: Monatliche Preisentwicklung 1994–2000 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in Prozent)

	Verbraucherpreise							Industrielle Erzeugerpreise						
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Januar	17,9	17,8	4,1	2,3	1,5	8,5	2,3	19,0	21,5	3,2	1,1	0,9	6,8	4,0
Februar	10,7	11,0	2,8	1,5	0,9	4,1	1,0	15,1	16,9	2,7	1,6	0,5	5,5	3,7
März	7,4	8,9	2,8	1,4	0,6	2,8	0,6	10,2	10,8	2,6	1,3	-0,1	3,9	2,6
April	8,5	8,5	2,2	1,0	0,4	3,0	0,9	10,6	14,8	2,4	0,8	0,0	3,6	1,6
Mai	7,0	7,9	1,6	0,9	0,5	2,2	1,8	6,6	8,9	1,1	0,5	-0,9	3,5	1,7
Juni	6,0	6,7	1,2	1,1	0,1	1,9	2,6	8,4	6,1	1,6	0,8	0,0	3,7	2,3
Juli	5,3	5,4	0,7	0,9	0,2	2,8	1,8	7,8	6,7	1,2	0,2	-0,8	3,1	3,4
August	4,7	4,6	-0,2	-0,1	3,7	1,2	1,0	5,8	6,7	2,1	0,5	-1,2	4,6	1,7
September	7,9	4,4	0,3	-0,3	38,4	1,5	1,3	7,3	5,7	1,7	0,1	7,4	5,9	1,9
Oktober	15,0	4,7	1,2	0,2	4,5	1,4	2,1	11,0	4,6	2,8	0,1	5,9	5,5	2,7
November	14,6	4,5	1,9	0,6	5,7	1,2	1,5	12,6	2,9	0,9	0,2	5,1	3,9	—
Dezember	16,5	3,2	1,4	1,0	11,6	1,3	—	12,9	1,9	0,8	0,0	4,8	2,2	—

Quelle: Goskomstat (Rossii): *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g.* Moskau 1996, S. 153; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g.* Moskau 1997, S. 110; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g.* Moskau 1998, S. 176, 195 und 196; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g.* Moskau 1999, S. 173; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii sentjabr' 2000.* Moskau 2000, S. 127; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 20. November 2000.

Tabelle 4: Preisentwicklung (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent)^a

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ^b	
										I–III	Jan–Okt
<i>Verbraucherpreise</i>	160	2 510	840	215	131	22	11	84	36,5	14,1	16,5
Nahrungsmittel	171	2 570	838	233	123	18	9	96	35,9	11,6	14,0
Alkoholische Getränke	52	2 370	655	131	127	53	18	51	43,2	22,1	22,7
Andere Konsumgüter	211	2 570	642	169	116	18	8	100	39,2	13,3	15,4
Dienstleistungen	79	2 120	2 310	522	232	48	23	18	34,0	26,5	29,5
<i>Industrielle Erzeugerpreise</i>	240	3 280	895	233	175	26	7	23	67,3	25,4	28,8
Elektrizitätswirtschaft	110	5 410	1 258	229	199	35	9	3	14,4	37,0	37,0
Brennstoffindustrie	130	9 170	634	201	187	40	19	1	134,9	38,8	50,7
Eisen- und Stahlindustrie	240	3 520	1 086	242	185	16	1	12	89,9	33,3	26,2
NE-Metallurgie	230	5 120	558	296	121	12	3	76	115,8	9,8	14,8
Chemieindustrie	170	3 790	848	262	168	18	5	26	43,8	20,8	22,7
Petrochemie	150	5 250	672	260	167	24	11	17	66,5	22,1	41,9
Maschinenbau und Metallverarbeitung ^c	210	2 620	949	230	178	24	9	29	49,6	24,8	26,6
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1 920	889	271	174	12	8	43	67,7	18,8	21,0
Baustoffindustrie	210	2 710	1 145	212	171	34	9	13	37,3	27,3	30,4
Leichtindustrie	370	1 160	381	241	163	20	10	44	56,0	16,5	19,5
Nahrungsmittelindustrie	310	2 630	971	208	156	22	11	53	62,6	12,5	14,5

^aDezember zu Dezember des Vorjahres. — ^bGegen Dezember 1999. — ^cNur Maschinenbau.

Quelle: Goskomstat (Rossii): *Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996.* Moskau 1996, S. 904; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g.* Moskau 1997, S. 111, 114 und 125; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g.* Moskau 1997, S. 176, 177, 197 und 198; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g.* Moskau 1998, S. 171, 173, 182 ff.; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1999 g.* Moskau 1999, S. 120, 131; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 2000.* Moskau 2000, S. 120, 126; Rosstat. *Informacija o social'no-ekonomičeskom položenii Rossii janvar'–sentjabr' 1999;* Pressemeldungen auf der Basis von Goskomstat; Website von Goskomstat (Rossii): <http://www.gks.ru> vom 20. November 2000.

gere durchschnittliche Steigerungsrate würde sich nur ergeben, wenn zugleich absolute Preisrückgänge bei anderen Gütern und Dienstleistungen zu verzeichnen wären. Dies wäre aber mit großen Friktionen verbunden. In diesem Sinne kann daher die gegenwärtige Preissteigerungsrate als durchaus angemessen bezeichnet werden. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Verbraucherpreise auch hinrei-

chend gering ist, um die Preisvorteile russischer Produzenten von Verbrauchsgütern gegenüber der ausländischen Konkurrenz zumindest kurzfristig nicht nennenswert schrumpfen zu lassen. Bedenklich wäre es allerdings, wenn der durchschnittliche Anstieg der Erzeugerpreise weiterhin deutlich den der Verbraucherpreise übersteigen würde.

Die Arbeitslosigkeit ging im Jahr 2000 zurück (Tabelle 5); die Quote lag zuletzt bei 10 Prozent. Allerdings ist dieser Rückgang nur etwa zur Hälfte auf eine Ausweitung der Beschäftigung zurückzuführen; die andere Hälfte ist einer verringerten Zahl von Erwerbspersonen zuzuschreiben, die zugleich aus der Arbeitslosenstatistik herausfielen. Der Zuwachs der Zahl der Beschäftigten lag unter 2 Prozent; damit geht der weitaus größte Teil des BIP-Wachstums auf eine bessere Auslastung der Beschäftigten, d.h. auf eine höhere Arbeitsproduktivität, zurück.

Tabelle 5: Arbeitsmarkt 1992–2000^a

	Erwerbs- personen	Beschäftigte	Arbeitslose		Registrierte Arbeitslose		Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeits- losen
	Millionen	Millionen	Millionen	Quote in Prozent	Millionen	Quote in Prozent	Prozent
1992	76,0	72,1	3,9	5,1	0,6	0,8	14,9
1993	75,4	70,9	4,5	6,0	0,8	1,1	19,4
1994	74,2	68,5	5,7	7,7	1,6	2,2	28,7
1995	73,0	66,4	6,5	8,9	2,3	3,2	34,7
1996	73,2	66,0	7,3	10,0	2,5	3,4	37,2
1997	72,8	64,6	8,1	11,1	2,0	2,7	24,8
1998	72,2	63,6	8,6	11,9	1,9	2,6	22,1
1999	72,9	64,0	8,9	12,2	1,3	1,8	14,6
Januar 2000	72,5	63,8	8,7	12,0	1,2	1,7	13,8
Februar 2000	72,1	63,5	8,6	11,9	1,2	1,7	14,0
März 2000	72,1	63,9	8,2	11,4	1,2	1,7	14,6
April 2000	72,2	64,4	7,8	10,8	1,2	1,7	15,4
Mai 2000	72,2	64,8	7,4	10,2	1,1	1,5	14,9
Juni 2000	72,3	65,0	7,3	10,1	1,0	1,4	13,7
Juli 2000	72,3	65,1	7,2	10,0	1,0	1,4	13,9
August 2000	72,3	65,2	7,1	9,8	1,0	1,4	14,1
September 2000	72,3	65,2	7,1	9,8	1,0	1,4	14,1
Oktober 2000	72,3	65,1	7,2	10,0	1,0	1,4	13,9

^aAlle Angaben zum Ende der Periode.

Quelle: Goskomstat (Russii): *Russia in Figures*. Moskau 1999, S. 79 ff.; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1999 g.* Moskau 2000, S. 192 und *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii. Sentjabr' 2000*. Moskau 1999, S. 231; Website von Goskomstat (Russii): <http://www.gks.ru> vom 20. November 2000.

III. Öffentliche Haushalte

Der Zustand des Föderationshaushalts hat sich tiefgreifend geändert: Im 1. Halbjahr 2000 wies dieser einen deutlichen Überschuss von nahezu 4 Prozent des BIP auf (Tabelle 6). Im Vorjahresvergleich ging diese Entwicklung mit einem deutlichen Anstieg der föderalen Einnahmen einher; sie stiegen von 13,5 Prozent des BIP im Jahre 1999 auf 17,2 Prozent im 1. Halbjahr 2000. Für die ersten zehn Monate des Jahres liegen bisher nur Eckdaten bezüglich der Einnahmen, Ausgaben und des Defizits vor; sie zeigen allerdings, dass der Überschuss des Föderationshaushalts nach der Jahresmitte wieder schrumpfte. Bei rückläufigen Einnahmen (auf 16 Prozent) lag er im Zeitraum Januar bis Oktober 2000 bei 2,3 Prozent.⁹

⁹ Vgl. Bank of Finland: *Russian & Baltic Economies. The Week in Review*, No. 45/2000.

Tabelle 6: Konsolidierter Haushalt: Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben 1995–2000

	1995	1996	1997	1998	1999	1. Hj. 2000	1995	1996	1997	1998	1999	1. Hj. 2000
	in Prozent der Gesamteinnahmen/-ausgaben						in Prozent des BIP					
<i>Einnahmen insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	26,1	24,8	27,3	25,5	26,3	25,7
Steuereinnahmen												
Körperschaftsteuer	27,0	17,3	14,7	14,5	18,4	23,3	7,0	4,3	4,0	3,7	4,8	6,0
Einkommensteuer	8,4	10,1	10,6	10,4	9,8	9,3	2,2	2,5	2,9	2,7	2,6	2,4
Verbrauchssteuern	5,6	9,6	9,6	10,5	9,1	10,5	1,5	2,4	2,6	2,7	2,4	2,7
Mehrwertsteuer	22,0	25,8	25,7	24,8	24,0	27,5	5,7	6,4	7,0	6,3	6,3	7,1
Außenwirtschaft	4,6	3,0	1,6	2,7	2,9	2,1	1,2	0,7	0,4	0,7	0,8	0,5
Einnahmen												
aus Staatsvermögen	.	.	1,3	2,0	1,9	3,1	.	.	0,4	0,5	0,5	0,8
aus Privatisierung	.	.	3,3	2,5	0,9	0,6	.	.
Zweckgebundene Fonds	.	.	7,7	6,6	8,1	9,5	.	.	2,1	1,7	2,1	2,4
Sonstige Einnahmen	32,3	34,2	25,5	25,9	26,0	14,7	8,4	8,5	7,0	6,6	6,8	3,8
<i>Ausgaben insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	29	28,9	32,3	31,2	27,5	25,5
Volkswirtschaft
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	7,4	6,0	6,0	3,1	2,5	2,1	2,2	1,7	1,9	1,0	0,7	0,5
Landwirtschaft, Fischerei	4,2	3,9	3,7	2,9	2,9	2,9	1,2	1,1	1,2	0,9	0,8	0,7
Transport, Kommunikation	2,7	.	2,8	2,3	2,1	1,9	0,8	.	0,9	0,7	0,6	0,5
Sozial-kulturelle Zwecke	26,0	28,9	32,2	29,2	29,2	30,4	7,7	8,4	10,4	9,1	8,0	7,8
Bildung	11,6	3,4
Gesundheit	8,3	2,4
Soziale Sicherung	4,2	1,2
Verteidigung	9,8	9,8	9,7	7,7	9,3	10,9	2,9	2,8	3,1	2,4	2,6	2,8
Verwaltung und Rechtsorgane	7,7	.	10,5	9,1	9,6	11,4	2,3	.	3,4	2,8	2,7	2,9
Außenwirtschaft	4,4	4,1	1,3	1,2
Schuldendienst	5,1	6,6	4,9	17,7	13,0	14,3	1,5	1,9	1,6	5,5	3,6	3,7
Umweltschutz	.	.	0,5	0,4	0,4	0,4	.	.	0,2	0,1	0,1	0,1
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	5,2	7,4	8,2	.	.	.	1,6	2,0	2,1
Sonstige Ausgaben	8,6	40,9	29,7	22,5	23,6	17,5	2,5	11,8	9,6	7,0	6,5	4,5
<i>Saldo in Prozent der Aus- gaben / Prozent des BIP</i>	-11,2	-14,4	-15,2	-18,4	-4,3	0,7	-3,3	-4,2	-4,9	-5,8	-1,2	0,2

Quelle: Goskomstat (Rossii): *Rossiiskij statističeskij ežegodnik 1995*. Moskau 1995; *Rossiiskij statističeskij ežegodnik 1996*. Moskau 1996; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g, 1997 g und 1998*. *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii. Janvar' 2000*. Moskau 2000; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii. Janvar'-ijul' 2000*. Moskau 2000; Russisches Finanzministerium; DIW, IfW und IWH, verschiedene Ausgaben der DIW-Wochenberichte und Kieler Diskussionsbeiträge zur wirtschaftlichen Lage Russlands.

In der Vergangenheit wurde die prekäre Finanzlage der öffentlichen Haushalte vielfach auf die geringe Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen zurückgeführt. Die Funktion von Institutionen besteht nach Ansicht der Neuen Institutionenökonomik darin, Unsicherheit zu reduzieren. Dabei ist zwischen der Existenz von Regeln und ihrer Durchsetzung bzw. Einhaltung zu unterscheiden. Erst beides zusammen bewirke niedrige Transaktionskosten. Ein Sinken der Transaktionskosten führe über eine Ausweitung des Transaktionsvolumens zu einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.¹⁰ Lassen aber die gestiegenen Einnahmen des Föderationshaushalts auf eine Verbesserung der Institutionen und damit gesunkene Transaktionskosten schließen? Folgende Umstände sind zu berücksichtigen:

¹⁰ Vgl. z.B. H. Engerer und S. Voigt: Institutionen und Transformation — Mögliche Politikimplikationen der Neuen Institutionenökonomik. In: Klaus F. Zimmermann et al.: *Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft. Bedeutung und mögliche Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik und wirtschaftswissenschaftliche Beratung*, 2000.

Erstens stiegen die Steuerrückstände der Unternehmen gegenüber dem Föderationshaushalt, die oftmals als Maß für die schlechte Durchsetzung geltender Institutionen herangezogen werden, sogar weiter an.¹¹

Zweitens sind die Einnahmenezuwächse des Föderationshaushalts im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Belebung zu sehen. So stieg das Körperschaftsteueraufkommen, aber auch das Aufkommen aus Mehrwertsteuer deutlich an (Tabelle 6). Die zugrunde liegenden höheren Gewinne der Unternehmen können allerdings bestenfalls partiell mit der Einführung und Durchsetzung effizienter Institutionen erklärt werden.

Drittens gingen die Einnahmensteigerungen bei den Außenhandelssteuern vor allem auf die gestiegenen Weltmarktpreise für Energieträger zurück. Diese Einnahmen machten etwa ein Fünftel der Gesamteinnahmen der Föderation aus. Eine derartige Steuerbelastung schafft für die Unternehmen weitere Anreize zur Steuerumgehung.¹²

Viertens sind Körperschaft-, Einkommen-, Mehrwert- und Verbrauchsteuern Teil eines Mischsystems. Die Föderation bestimmt nicht nur den Steuersatz, sondern auch die Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Föderationsebene und nachgeordneten Gebietskörperschaften. Die im Jahresverlauf eingeführten rechtlichen Änderungen zielen allesamt auf eine Steigerung des Föderationsanteils; die Einnahmen des konsolidierten Haushalts dagegen sind gegenüber dem Vorjahr sogar leicht rückläufig (Tabelle 7).

Damit ist die verbesserte Finanzlage der Föderation kaum als Ergebnis institutioneller Verbesserungen zu bewerten. Vielmehr handelt es sich auch um Verlagerungen innerhalb des fiskalischen und quasi-fiskalischen Sektors sowie um eine Rezentralisierung von Staatseinnahmen.¹³ Dadurch wird die Ausgestaltung und Funktionsfähigkeit des fiskalischen Föderalismus wesentlich berührt. Theoretisch erhält die Verteilung von Staatsaufgaben über verschiedene staatliche Ebenen ihre Legitimation vor allem durch regional unterschiedliche Präferenzen und Informationen. Zu den wenigen öffentlichen Gütern, deren flächendeckende Bereitstellung durch eine Zentralregierung sinnvoll ist, gehören vor allem die Landesverteidigung, die Außenpolitik, aber auch eine einheitliche Rechtsordnung. Daher kann die Bereitstellung regionaler öffentlicher Güter durch nachgeordnete Gebietskörperschaften gegenüber einer einheitlichen Versorgung durch die Zentralbehörden zu Effizienzgewinnen führen.¹⁴

Die russische Variante des Föderalismus enthält Elemente des kompetitiven Föderalismusmodells, bei dem die einzelnen Regionen zueinander in einer Konkurrenzsituation stehen.¹⁵ Dies gilt sowohl in Bezug auf die Besteuerung von wirtschaftlichen Aktivitäten als auch in Bezug auf das Angebot regionaler öffentlicher Güter. Zusätzlich findet derzeit offensichtlich ein ungleicher Wettbewerb zwischen Zentrum und Regionen um die Staatseinnahmen statt. Da die Gesetzgebungskompetenz bei der Zentrale liegt, hat sie in diesem Steuerwettbewerb deutliche Vorteile. Tatsächlich wird die „offizielle“ Finanzlage der russischen Föderationssubjekte zunehmend prekärer. Den Einnahmenezuwächsen auf der Föderationsebene stehen deutliche Einnahmeeinbrüche auf der Ebene der nachgeordneten Gebietskörperschaften gegenüber. Dabei sind die Einnahmen der 89 Gebietskörperschaften im ersten Halbjahr 2000 auf 10,1 Prozent des BIP (einschließlich Finanzausgleichszahlungen) gesunken, nachdem

¹¹ Beliefen sie sich am 1. September 1999 noch auf 268,8 Milliarden Rubel, so lagen sie am 1. September 2000 bei 332,5 Mrd. Rubel — dies entspricht einer nominalen Zuwachsrate von etwa 24 Prozent. In realen Größen lag der Zuwachs etwa bei 5 Prozent.

¹² Ein aktueller Steuerbericht der Russischen Regierung weist darauf hin, dass es den Unternehmen derzeit — vor allem durch interne Buchungen — gelingt, ihre Steuerbelastung um durchschnittlich 25 Dollar pro Tonne zu senken. Vgl. *The Moscow Times* vom 29. November 2000.

¹³ Ein Ausdruck der Rezentralisierungstendenz war auch die im Sommer 2000 durchgesetzte Zusammenfassung der 89 Föderationssubjekte in sieben Distrikte, denen jeweils ein von der Zentralregierung eingesetzter Gouverneur vorsteht.

¹⁴ Vgl. vor allem W. E. Oates: *Fiscal Federalism*, New York, 1972.

¹⁵ M. Schrooten und B. Seidel: *Fiscal Federalism and Financial Resources for Regional Development — Co-operative and Competitive Models: The International Experience — An Example for Russia?* DIW-Diskussionspapier Nr. 220/2000.

Tabelle 7: Föderaler Haushalt: Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben 1995–2000

	1995	1996	1997	1998	1999	1. Hj. 2000	1995	1996	1997	1998	1999	1. Hj. 2000
	in Prozent der Gesamteinnahmen/-ausgaben						in Prozent des BIP					
<i>Einnahmen, insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	15,1	13,2	13,7	11,3	13,5	17,2
Steuereinnahmen												
Körperschaftsteuer	17,9	11,5	10,4	11,5	13,2	15,3	2,7	1,5	1,4	1,3	1,8	2,6
Einkommensteuer	1,4	1,8	0,5	0,0	3,3	2,1	0,2	0,2	0,1	0,0	0,4	0,4
Verbrauchssteuern	7,5	16,0	16,1	17,4	13,8	12,6	1,1	2,1	2,2	2,0	1,9	2,2
Mehrwertsteuer	30,9	35,9	37,4	34,6	36,1	34,7	4,7	4,7	5,1	3,9	4,9	6,0
Steuern auf den Außenhandel und außenwirtschaftliche Transaktionen	14,1	20,4	1,9	3,5
Nutzung natürlicher Ressourcen	1,7	1,4	0,2	0,2
Außenwirtschaft Einnahmen	.	.	.	5,1	5,7	3,1	.	.	.	0,6	0,8	0,5
aus Staatsvermögen	1,1	2,0	0,1	0,3
aus Privatisierung	2,1	0,3	5,5	5,0	.	.	0,3	0,0	0,7	0,6	.	.
Zweckgebundene Fonds	9,0	7,1	1,2	1,2
Sonstige Einnahmen	40,2	34,6	30,2	26,3	2,0	1,3	6,1	4,6	4,1	3,0	0,3	0,2
<i>Ausgaben, insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	15,6	14,4	14,7	14,5	14,6	13,5
Volkswirtschaft	14,3	11,4	12,1	.	.	.	2,2	1,6	1,8	.	.	.
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	.	.	.	2,9	2,5	2,0	.	.	.	0,4	0,4	0,3
Landwirtschaft, Fischerei	.	.	.	0,8	1,4	1,2	.	.	.	0,1	0,2	0,2
Transport, Kommunikation	0,2	0,2	0,0	0,0
Sozial-kulturelle Zwecke	8,2	8,9	16,6	14,7	12,8	14,6	1,3	1,3	2,4	2,1	1,9	2,0
Verteidigung	20,6	20,6	21,9	14,6	17,5	20,7	3,2	3,0	3,2	2,1	2,6	2,8
Verwaltung und Rechtsorgane	10,2	10,9	14,9	10,4	10,6	13,6	1,6	1,6	2,2	1,5	1,5	1,8
Schuldendienst	.	.	.	27,4	24,5	21,4	.	.	.	4,0	3,6	2,9
Umweltschutz	0,4	0,4	0,1	0,1
Finanzausgleichszahlungen	9,3	11,9	1,4	1,6
Zweckgebundene Fonds	8,3	8,0	1,2	1,1
Sonstige Ausgaben	46,7	48,1	34,6	29,2	20,9	13,9	7,3	7,0	5,1	4,2	3,1	1,9
<i>Saldo in Prozent der Ausgaben / des BIP</i>	-3,4	-8,4	-7,3	-22,2	-8,0	28,1	-0,5	-1,2	-1,1	-3,2	-1,2	3,8

Quelle: Goskomstat (Rossii); Rosstat; eigene Berechnungen der Institute.

sie 1999 noch bei 14,1 Prozent lagen. Um die Föderationssubjekte dabei nicht allein von der regionalen Finanzkraft abhängig zu machen, existiert zwar ein Finanzausgleich, er hat jedoch nur ein Volumen von etwa 1,5 Prozent des BIP.¹⁶ Der Finanzausgleich soll eine Mindestausstattung der Regionen mit Finanzmitteln gewährleisten.

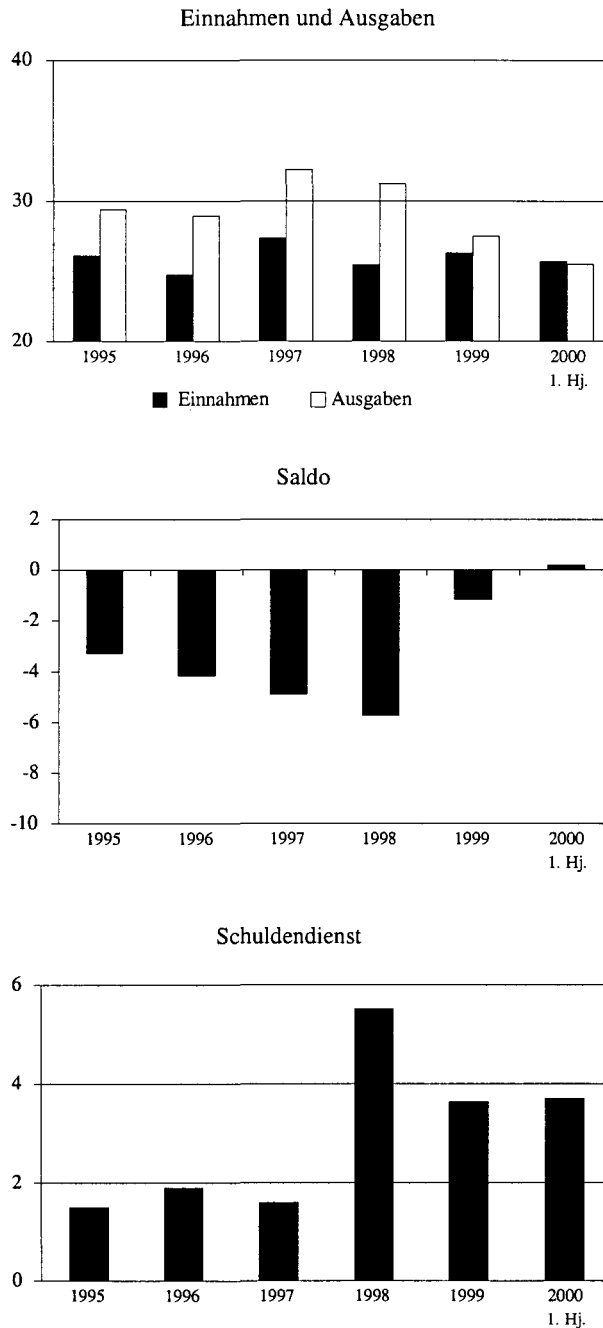
Während die nachgeordneten Gebietskörperschaften 1999 noch über die Hälfte des gesamten Steuer- und Abgabenvolumens direkt verfügten, sank ihr Anteil im ersten Halbjahr 2000 auf etwa ein Drittel. Zugleich stand den Verschiebungen der Steuereinnahmen zugunsten der Föderationsebene keine Ausweitung des Finanzausgleichs gegenüber. In der Folge sind die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften im ersten Halbjahr 2000 deutlich ins Defizit geraten (3,6 Prozent des BIP, unter Berücksichtigung der Finanzausgleichszahlungen), nachdem sie in der Summe über Jahre hinweg ausgeglichen waren. Das Defizit fiel vor allem deshalb nicht noch wesentlich höher aus, weil die nachgeordneten Gebietskörperschaften nur einen begrenzten Zugang zum Kapitalmarkt haben.

Der leicht positive Saldo des konsolidierten Haushalts von 0,2 Prozent des BIP geht demnach auf die Kombination eines Überschusses des Föderationshaushalts und eines Defizits der nachgeordneten

¹⁶ Im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland ist dieses Volumen gering. Bei einem solchen Vergleich ist allerdings zu beachten, dass in Russland die Schaffung von gleichen oder gleichwertigen Lebensbedingungen in unterschiedlichen Regionen kein zentrales Verfassungsziel ist. Vielmehr dient dort der Föderalismus — ganz im Sinne der Theorie — dazu, heterogene Gebilde zu einem Gesamtstaat zusammenzufassen.

Gebietskörperschaften zurück (Schaubild 4). Die russische Finanzpolitik ist derzeit restriktiv ausgerichtet. Besonders deutlich zeigt sich dies an der (konsolidierten) Primärbilanz:¹⁷ Diese wies bei im Vorjahresvergleich rückläufigem Schuldendienst im ersten Halbjahr 2000 einen Überschuss von 3,9 Prozent des BIP aus. Die Föderationsebene, der wichtigste russische Schuldner auf dem internationalen und nationalen Kapitalmarkt, wies sogar einen Primärüberschuss von 6,9 Prozent des BIP aus.

Schaubild 4: Konsolidierter Haushalt in Prozent des BIP



Quelle: Goskomstat (Rossii); Rosstat; eigene Berechnungen der Institute.

¹⁷ Primärbilanz = Einnahmen – Ausgaben ohne Zinsausgaben.

Angesichts dieser Eckdaten kann der russische Staat nicht länger Probleme bei der Steuereintreibung als Argument für Zahlungsverzögerungen, Umschuldungen und Nichtzahlungen auf dem internationalen Finanzmarkt vorbringen. Umso eher können die internationalen und nationalen Gläubiger bei einer möglichen Bereitschaft zu Zugeständnissen eine Verbesserung der Institutionen in der Russischen Föderation einfordern. Denn deren Funktions- und Leistungsfähigkeit ist für eine dauerhafte Erholung von wesentlicher Bedeutung.¹⁸

Nach den Haushaltsplanungen für das Jahr 2001 soll der finanzpolitische Restriktionskurs leicht gelockert werden.¹⁹ Der noch nicht verabschiedete Entwurf für den föderalen Haushalt sieht im nächsten Jahr Einnahmen von 15,4 Prozent des BIP vor.²⁰ Bei einem insgesamt ausgeglichenen Budget beträgt der geplante Überschuss der Primärbilanz 3,1 Prozent des BIP.

IV. Grundzüge der Steuerreform²¹

Seit langem werden in der Russischen Föderation Reformen der Steuergesetzgebung diskutiert. Hintergrund ist, dass im Zuge der Transformation ein Steuerrecht entstand, das bestenfalls in Ansätzen elementaren Ansprüchen an ein modernes Steuersystem genügt. Derzeit prägen noch Intransparenz, diskretionäre Steuervergünstigungen und spontane steuerrechtliche Veränderungen das Bild. Ein modernes Steuerrecht erfordert dagegen nicht nur Rechtsstaatlichkeit, sondern auch Transparenz bei der Besteuerung, Einfachheit und administrative Effizienz, fiskalische Ergiebigkeit sowie Investitions-, Spar- und Umweltfreundlichkeit.²²

Die jetzt verabschiedete Steuerreform, die zum 1. Januar 2001 in Kraft treten soll, setzt vor allem bei der Neugestaltung der Steuersätze, aber auch bei der Neubestimmung der Steuerbasis an. Die Steuerreform betrifft insbesondere die Einkommensteuer für natürliche Personen, die Mehrwertsteuer und die Verbrauchsteuern. Bestandteil der aktuellen Steuerreform ist auch eine Reform der Sozialabgaben. Die definitive und damit langfristige Aufteilung des Steueraufkommens auf die unterschiedlichen föderalen Ebenen wird auch bei dieser Steuerreform ausgeklammert, ebenso wie die Körperschaftsteuer; für sie gilt weiterhin der maximale Steuersatz von 30 Prozent.²³ Wenn trotzdem die steuerliche Belastung der Unternehmen als erdrückend empfunden wird, so geht dies einerseits auf die begrenzte Abzugsfähigkeit verschiedener Kosten zurück, andererseits auf die zusätzlich zur Körperschaftsteuer von den nachgeordneten Gebietskörperschaften (einschließlich der Gemeinden) erhobenen Steuern und Abgaben.

Die radikalste Veränderung des Steuerrechts betrifft die Einkommensteuer für natürliche Personen. Bislang war diese Steuer progressiv ausgestaltet, und zwar mit einem Eingangssteuersatz von 12 Prozent und einem Spitzensteuersatz von 30 Prozent. Trotz der Progression trug diese Einkommensteuer wenig zum Gesamtsteueraufkommen bei. Wenngleich alle Einkommen natürlicher Personen unter diese Steuer fallen, so wurden bislang Steuern in erster Linie auf gemeldete Löhne der Unternehmen abgeführt. Angesichts einer ineffektiven Steueradministration bestand insbesondere für Freiberufler und Selbständige nur wenig Anreiz, die tatsächlichen Einkommen zu melden und die entsprechenden Steuern abzuführen. Mit dem 1. Januar 2001 tritt eine massive Vereinfachung in Kraft: Es wird ein

¹⁸ C. Buch, R. P. Heinrich, L. Lusinyan, M. Schrooten: Russia's Debt Crisis and the Unofficial Economy. DIW-Diskussionspapier Nr. 208/2000 und Kiel Working Paper Nr. 978/2000.

¹⁹ Dieser wurde auf der Grundlage einer prognostizierten Wachstumsrate von 4 Prozent, einer Inflationsrate von 12 Prozent, einem jahresdurchschnittlichen Wechselkurs von 30 RUR/Dollar und einem Ölpreis von 20 Dollar/Barrel formuliert.

²⁰ Bank of Finland: Russian & Baltic Economies. *The Week in Review*, No. 41/2000.

²¹ Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 32/2000. Nalogovoi kodeks Rossijskoj Federacii. Čast' vtoraja.

²² J. Lang: Entwurf eines Steuergesetzbuches, Bonn 1993.

²³ Sonderregelungen gelten für Banken und Versicherungen.

unabhängig von der Einkommenshöhe einheitlicher Steuersatz von 13 Prozent erhoben. Erklärtes Ziel dieser Teilreform ist es, durch den niedrigen Steuersatz Steuerhinterziehung oder die Nichtdeklarierung von Einkommen unattraktiv erscheinen zu lassen. Ob das Ziel der freiwilligen Deklaration von Einkommen allein mit einem einheitlichen, niedrigen Steuersatz erreicht werden kann, muss indes offen bleiben, schon allein deshalb, weil es kaum einem Zweifel unterliegt, dass die Regierung in einigen Jahren wieder zu einer progressiven Besteuerung zurückkehren will.

Reformiert werden auch die Sozialabgaben. Bislang fallen alle Lohnneinkommen unter einen Abgabensatz von insgesamt 39,5 Prozent in die unterschiedlichen Sozialfonds. Diese „einheitliche Sozialsteuer“ wird ab dem 1. Januar 2001 durch eine regressive Besteuerung ersetzt. Der zukünftige Eingangsteuersatz liegt bei 35,6 Prozent; der niedrigste Steuersatz für Jahreseinkommen über 600 000 Rubel bei 2 Prozent. Mit der Reform sinkt nicht nur der Sozialabgabensatz, sondern zugleich werden die bisherigen Sozialfonds zusammengeführt. Ziel ist es, deren Transparenz und Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Deutlich weniger tiefgreifend sind die Änderungen in Bezug auf die Mehrwertsteuer; sie betreffen vor allem die Abschaffung zahlreicher Ausnahmeregelungen und die Abwicklung von außenwirtschaftlichen Transaktionen.²⁴ Unverändert bleibt dagegen der allgemeine Mehrwertsteuersatz von 20 Prozent. Weiterhin wird ein reduzierter Steuersatz von 10 Prozent auf ausgewählte Lebensmittel und Kinderbekleidung angewandt. Die Reform der Verbrauchsteuern zielt hauptsächlich auf eine Steuererhöhung. Kompliziert ist die Alkoholsteuer definiert: Je nach Getränk und Alkoholgehalt fallen unterschiedliche Steuern an.

Insgesamt bleibt die Steuerreform deutlich hinter den Erwartungen zurück: Zum einen sind die bisherigen Regelungen zur Unternehmensbesteuerung weiterhin in Kraft. Die Möglichkeit, zusätzliche Investitionsanreize beispielsweise durch verbesserte Abschreibungsregelungen zu schaffen, wird nicht genutzt. Zum anderen wird der in der Öffentlichkeit stark diskutierte einheitliche Einkommensteuersatz von 13 Prozent nicht zwangsläufig zu einer Steigerung der Zahlungsmoral führen. Bisherige Steueründer haben kaum Anreize, von der inoffiziellen Wirtschaft in die offizielle zu wechseln und ihr faktisches Einkommen zu deklarieren. Dies gilt umso mehr, als bereits jetzt wieder eine Steigerung des Steuersatzes erwartet wird (Tabelle 8).

Tabelle 8: Wichtige steuerrechtliche Änderungen zum 1. Januar 2001

Steuerart	Bemessungsgrundlage und Steuersatz
Persönliche Einkommensteuer	Einheitlicher persönlicher Einkommensteuersatz in Höhe von 13 Prozent
Sozialabgabe	Die Steuer soll Zahlungen in den Renten-, Sozialversicherungs- und Krankensicherungsfonds ersetzen Standardsätze für Arbeitgeber: <ul style="list-style-type: none"> - 35,6 Prozent bei einem Jahreseinkommen unter 100 000 Rubel - 20 Prozent auf Einkommen zwischen 100 000 und 300 000 Rubel - 10 Prozent auf Einkommen zwischen 300 000 und 600 000 Rubel - 5 Prozent auf Einkommen über 600 000 Rubel. Ab Januar 2002 wird dieser Satz auf 2 Prozent reduziert - Der Beitrag der Arbeitnehmer in den Rentenfonds in Höhe von 1 Prozent wird gestrichen
Mehrwertsteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Der allgemeine Mehrwertsteuersatz beträgt 20 Prozent - Für Grundnahrungsmittel und Kinderkleidung gilt wie bisher ein Satz von 10 Prozent - 0 Prozent auf Exportgüter und auf Warenlieferungen in die GUS; Öl- und Gasexporte in die GUS unterliegen jedoch der Mehrwertsteuer
Verbrauchssteuern	<ul style="list-style-type: none"> - 8 bis 88 Rubel auf 1 Liter reinen Alkohol; für Wodka gilt der Höchstsatz - 1 bis 3,30 Rubel auf 1 Liter Bier - 35 bis 55 Rubel auf 1 000 Zigaretten - 405 Rubel/Kilo Pfeifentabak - 166 Rubel/Kilo Rauchtobak - 10 Rubel/Zigarre - 75 Rubel/1 000 Zigarillo und Filterzigaretten - 66 Rubel/Tonne Gas und Gaskondensat - 1 350 bis 1 850 Rubel/Tonne Benzin (abhängig von der Oktanzahl) - 550 Rubel/Tonne Dieselmotorkraftstoff

Quelle: *Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii*, Nr. 32/2000.

²⁴ International Monetary Fund (IMF), Staff Report for the 2000 Article IV Consultations, Washington, DC. (www.imf.org).

V. Geldpolitik und Bankensektor

Die Situation im Finanzsektor wird von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt: Einerseits ist auf makroökonomischer Ebene ein beachtlicher Grad an Stabilität erreicht worden. Nach dem starken Preisanstieg infolge der Rubelabwertung im Jahre 1998 wird für das Jahr 2000 eine Jahresinflation von etwa 20 Prozent erwartet. Der Wechselkurs des Rubels zum Dollar ist im Jahresverlauf weitgehend konstant geblieben; gegenüber dem Euro hat der Rubel sogar nominal aufgewertet. An diesen Indikatoren gemessen kann die Wirtschaftspolitik als relativ erfolgreich bezeichnet werden. Auf mikroökonomischer Ebene stellt sich die Lage jedoch weniger positiv dar. Letztlich hängt aber der dauerhafte Erfolg der makroökonomischen Stabilisierung davon ab, welche Fortschritte in diesem Bereich, insbesondere bei der Reform des Bankensystems, gemacht werden.

Ein entscheidender Faktor für die monetäre Stabilisierung war die positive fiskalische Entwicklung, durch die der Druck von der Zentralbank genommen wurde, Haushaltsdefizite zu monetisieren. Die Nettokreditvergabe an die Regierung ist in der ersten Hälfte des Jahres 2000 nominal zurückgegangen.²⁵ Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf einen Anstieg der Einlagen der Regierung bei der Zentralbank, die sich in den ersten drei Quartalen des Jahres verdreifacht haben, zurückzuführen.²⁶ Insgesamt fiel der Anteil der Nettokreditvergabe an die Regierung an der Basisgeldmenge, der nach der Krise stark angestiegen war, in der ersten Jahreshälfte von 95 auf 43 Prozent (Tabelle 9). Gleichzeitig nahm aufgrund der wirtschaftlichen Erholung die Geldnachfrage und damit auch die reale Geldmenge zu.

Tabelle 9: Veränderung der Geldbasis 1997–2000 (Struktur in Prozent)^a

	1997	1998	1999	2000
Fremdwährungsreserven (netto)	13,6	-97,0	-23,6	51,5
Inländische Aktiva (netto)	86,4	197,0	123,6	48,5
Kredite an die Regierung (netto)	116,5	131,3	95,3	43,0
Kredite an Banken (netto)	-13,0	-11,3	-14,2	-31,1
Andere (netto)	-17,1	77,0	42,4	36,5
<i>Nachrichtlich:</i>				
Internationale Währungsreserven (Mrd. Dollar)	17,8	12,2	12,6	21,2
Geldbasis (Mrd. Rubel)	164,5	210,4	324,3	397,2

^aBis Juni 2000.

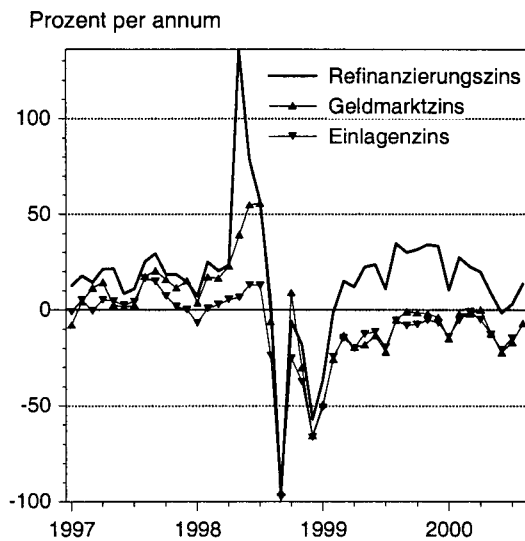
Quelle: IMF, Staff Report for the 2000 Article IV Consultations. Washington, D.C., 2000; Berechnungen der Institute.

Noch immer fehlen der Zentralbank allerdings marktgestützte Instrumente zur geldpolitischen Steuerung. Auch wenn die Zentralbank seit Anfang 1999 einen real positiven Refinanzierungssatz ausweist (Schaubild 5), so ist dieser Zinssatz faktisch irrelevant für die Refinanzierung der Banken. Stattdessen wird die Liquidität im Bankensektor vorwiegend über Änderungen der Mindestreservesätze gesteuert;²⁷ zudem hat die Zentralbank verstärkt eine eigene Einlagenfazilität angeboten. Insgesamt ist die Bruttokreditvergabe an die Banken in der ersten Hälfte des Jahres stabil geblieben. Aufgrund eines Anstiegs der Einlagen der Banken bei der Zentralbank sind die Nettokredite weiter gesunken (Tabelle 9).

²⁵ Vgl. International Monetary Fund (IMF), Staff Report for the 2000 Article IV Consultations, Washington, DC., 2000 (www.imf.org).

²⁶ http://www.cbr.ru/eng/dp/denvl_00_engl.htm, Stand: 16. November 2000.

²⁷ Mit Wirkung vom Januar 2000 an hat die Zentralbank den Mindestreservesatz auf Einlagen von Unternehmen von 8,5 auf 10 Prozent und für Privatkonten von 5,5 auf 7 Prozent erhöht (http://www.cbr.ru/eng/dp/res_int_intr_engl.htm; Stand: 16. November 2000).

Schaubild 5: Realzinssätze 1997–2000^a

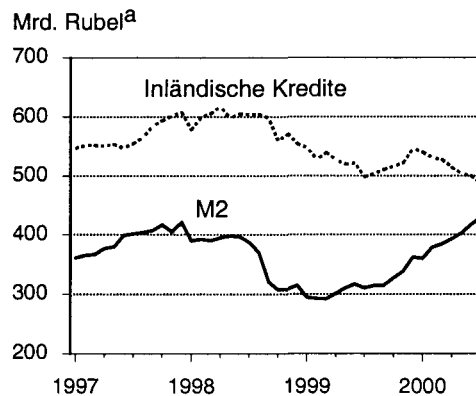
^aDeflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (monatliche Inflationsrate auf Jahresbasis). Einlagenzinssatz = Zinssatz auf private Bankkonten mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. Refinanzierungs- und Geldmarktzinssätze: Durchschnittswerte.

Quelle: International Monetary Fund (IMF): *International Financial Statistics* on CD-ROM, Washington, D.C., 2000; Berechnungen der Institute.

Teilweise ist das Fehlen marktgestützter Instrumente einer geldpolitischen Steuerung darauf zurückzuführen, dass der heimische Wertpapiermarkt faktisch zusammengebrochen ist und die Zentralbank daher nicht auf Offenmarktoperationen zurückgreifen kann. In einem beträchtlichen Maße spiegeln sich hierin jedoch auch die tiefgreifenden Probleme des russischen Bankensektors wider, die in der Krise des Jahres 1998 besonders deutlich wurden. Hohe Verbindlichkeiten in ausländischer Währung, gekoppelt mit hohen Forderungen an die russische Regierung, die faktisch wertlos geworden sind, haben zur Insolvenz vieler Banken geführt. Bisher ist eine langfristige Lösung der entstandenen Probleme nicht in Sicht, auch wenn es einige Ansätze zu Reformen gegeben hat. Ohne eine solche Lösung läuft die Zentralbank aber immer wieder Gefahr, eigentlich insolvente Banken mit Liquidität zu versorgen.

Ein weiterer Faktor, der den geldpolitischen Handlungsspielraum einschränkt, ist das währungspolitische Ziel, eine erneute reale Aufwertung des Rubels zu verhindern. Die beträchtlichen Leistungsbilanzüberschüsse der vergangenen Monate sind zwar in der Hauptsache in Kapitalexperte des privaten Sektors geflossen. Rund ein Drittel der Überschüsse hat jedoch auch in einem Aufbau an Währungsreserven der Zentralbank, die Mitte 2000 in etwa wieder ihr Vorkrisenniveau erreichten und seither weiter gestiegen sind, seinen Niederschlag gefunden. Erstmals seit Ausbruch der Krise haben damit die Nettowährungsreserven wieder einen positiven Beitrag zur Geldbasis geliefert (Tabelle 9). Da jedoch die Zentralbank nur wenige Möglichkeiten hat, diesen Zufluss an Währungsreserven zu sterilisieren und somit einen unkontrollierten Anstieg der Geldmenge zu verhindern, erhöht eine solche Politik letztlich den Inflationsdruck, der bislang durch einen Anstieg der Geldnachfrage und damit der realen Geldmenge aufgefangen werden konnte (Schaubild 6). Sollte jedoch das Wirtschaftswachstum nachlassen oder sollten die noch immer negativen realen Zinssätze auf inländische Depositionen größeres Gewicht bei den Anlageentscheidungen russischer Investoren erhalten, könnte sich diese Tendenz umkehren.

Schaubild 6: Reale Geldmenge und Kredite 1997–2000



^aDeflationiert mit den Konsumentenpreisen.

Quelle: International Monetary Fund (IMF): *International Financial Statistics*, Washington, D.C., 2000; Berechnungen der Institute.

Insgesamt hat der russische Bankensektor praktisch nichts zur Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung beigetragen. Im Wesentlichen haben die Banken in den vergangenen zwei Jahren ihre Bilanzen weg von Krediten an die Regierung hin zu ausländischen Aktiva und einer erhöhten Reservehaltung umstrukturiert.²⁸ Der Anteil der Forderungen an den privaten Sektor an der Gesamtbilanz ist von fast 40 Prozent Ende 1997 auf 34 Prozent Mitte 2000 gesunken (Tabelle 10).²⁹ Allein für die erste Jahreshälfte 2000 ergibt sich ein Rückgang des realen Kreditvolumens um 12 Prozent (Schaubild 6).

Tabelle 10: Bilanzstruktur der russischen Geschäftsbanken 1994–2000^a (Angaben in Prozent)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
<i>Aktiva</i>							
Reserven	11,7	10,7	9,5	11,8	7,3	10,3	15,5
Forderungen an das Ausland	23,9	13,5	14,6	11,8	23,5	23,9	22,2
Forderungen an die Regierung	5,2	18,3	30,3	31,5	27,8	28,2	24,7
Forderungen an staatliche Unternehmen	23,4	18,2	13,9	5,4	3,5	3,0	3,1
Forderungen an den Privatsektor	35,9	39,1	31,6	38,3	37,1	33,7	33,5
Forderungen an Finanzinstitutionen	0,0	0,2	0,0	1,3	0,8	0,8	1,0
<i>Passiva</i>							
Sichteinlagen	15,8	20,3	17,5	26,3	16,0	16,1	17,7
Termin- und Fremdwährungseinlagen	29,7	36,4	33,1	25,7	30,4	29,5	31,2
Darunter: Fremdwährungseinlagen	18,1	16,1	14,0	13,0	20,5	18,7	19,4
Geldmarktinstrumente	1,7	3,5	6,1	6,9	4,6	7,0	6,1
Beschränkte Einlagen	0,0	0,0	0,0	1,0	2,4	0,7	1,8
Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland	7,0	8,8	11,8	16,9	21,8	14,4	11,1
Einlagen der Regierung	3,4	2,8	2,3	3,0	2,2	1,8	3,7
Kredite der Zentralbank	8,3	2,3	1,4	1,4	7,7	12,9	10,7
Eigenkapital	12,7	19,5	24,9	23,3	16,9	18,9	18,1
Andere Aktiva (netto)	21,4	6,5	2,8	-4,4	-2,1	-1,2	-0,3
<i>Nachrichtlich:</i>							
Nettoauslandsaktiva	16,9	4,7	2,8	-5,1	1,8	9,6	11,1

^aJuli 2000.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics on CD-ROM*; Ausgabe Juli; Washington, D.C., 2000; Berechnungen der Institute.

²⁸ Der Anstieg der Auslandsforderungen reflektiert zum Teil auch einen Bewertungseffekt.

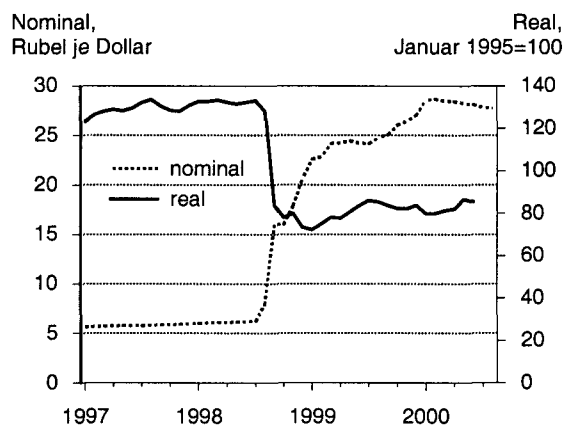
²⁹ Viele dieser Forderungen sind in Dollar denominated und daher durch die Abwertung aufgewertet worden; dies ist beim Rückgang von Krediten zur Finanzierung von Investitionen zusätzlich zu berücksichtigen.

Bislang konnte der realwirtschaftliche Aufschwung hauptsächlich durch Gewinne des Unternehmenssektor finanziert werden; ein effizientes System der Finanzintermediation war daher zunächst weniger erforderlich. Eine solche Investitionsfinanzierung stößt jedoch an ihre Grenzen, sobald innerhalb des Unternehmenssektors aktuelle und zukünftige Gewinnmöglichkeiten auseinanderfallen bzw. zunehmend Ersparnisse des privaten Sektors zur Investitionsfinanzierung bereitstehen sollen. Um dem russischen Bankensektor mittel- bis langfristig eine Rolle bei der Intermediation von Finanzmitteln zukommen zu lassen, wären also umfassende Reformen nötig. Diese müssten die Schließung unrentabler Banken, die Öffnung für Wettbewerb von außen, eine Strategie zur Reform des Sparkassensystems (Sberbank) und den Rückzug des Staates aus dem Geschäftsbankenbereich umfassen. Auch wenn dazu eine Reihe von Gesetzen erlassen worden sind und sich die Zentralbank von ihren noch bestehenden Geschäftsbankaktivitäten trennen will, sind die sichtbaren Fortschritte gering. Dagegen erfreuen sich Pläne, den staatlichen Einfluss auf das Bankensystem durch sogenannte Entwicklungsbanken beizubehalten bzw. sogar zu erhöhen, nach wie vor einer großen Beliebtheit.

VI. Wechselkurspolitik und Zahlungsbilanzentwicklung

Die Russische Zentralbank verfolgt offenbar das Ziel, eine reale Aufwertung des Rubels zu verhindern. Obwohl seit der spekulativen Attacke 1998 offiziell kein Wechselkursziel besteht, ist es der Zentralbank mittels Devisenmarktinterventionen gelungen, den nominalen Wechselkurs zum Dollar im Zeitraum von April bis September 1999 stabil zu halten. Im ersten Quartal 2000 ließ sie eine Abwertung von monatlich 1 bis 2 Prozent zu. Seitdem blieb der Wechselkurs praktisch stabil. Im Ergebnis hat sich der reale effektive Wechselkurs in der ersten Jahreshälfte kaum mehr verändert (Schaubild 7).

Schaubild 7: Wechselkurs des Rubels zum Dollar 1997–2000^a



^aRealer Wechselkurs berechnet auf Grundlage der Verbraucherpreise. Ein Anstieg entspricht einer realen Abwertung der russischen Währung.

Quelle: International Monetary Fund (IMF); *International Financial Statistics*, Washington, D.C., 2000; Berechnungen der Institute.

Zu den positiven Aspekten der wirtschaftlichen Erholung nach der Krise zählt die Entwicklung der Leistungsbilanz, bestimmt vor allem durch die reale Abwertung des Rubels und den Anstieg der Weltmarktpreise für Öl und Gas. In der ersten Hälfte 2000 belief sich der Handelsbilanzüberschuss

auf über 25 Mrd. Dollar (Tabelle 11). Damit lag er mehr als doppelt so hoch wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum.³⁰ In den ersten drei Quartalen 2000 erreichte er schon fast 45 Mrd. Dollar.³¹

Tabelle 11: Zahlungsbilanz I/1999–II/2000 (Mrd. US-Dollar)

	1999					2000		
	I	II	III	IV	I–IV	I	II	1. Hj.
SALDO DER LEISTUNGSBILANZ	4 457	4 206	5 801	10 838	25 301	12 159	10 804	22 964
<i>Saldo der Handelsbilanz</i>	6 454	6 881	9 525	13 361	36 220	14 440	14 350	28 789
Exporte	15 550	16 999	19 011	24 285	75 845	24 294	24 752	49 045
Importe	-9 097	-10 118	-9 486	-10 923	-39 625	-9 854	-10 402	-20 256
<i>Saldo der Nichtfaktordienstleistungen</i>	-859	-918	-995	-1 130	-3 902	-1 439	-1 945	-3 384
Exporte	1 774	2 276	2 595	2 399	9 044	1 796	2 329	4 126
Importe	-2 634	-3 194	-3 590	-3 529	-12 946	-3 235	-4 275	-7 510
<i>Faktoreinkommen</i>	-1 089	-1 835	-2 936	-1 699	-7 559	-890	-1 681	-2 571
Arbeitseinkommen	57	59	49	56	221	52	42	95
Kapitalerträge	-1 146	-1 894	-2 985	-1 755	-7 780	-943	-1 723	-2 666
erhaltene Kapitalerträge	2 175	610	310	361	3 456	2 403	598	3 001
gezahlte Kapitalerträge	-3 322	-2 504	-3 294	-2 116	-11 236	-3 346	-2 321	-5 667
Laufende Übertragungen	-48	78	206	306	541	49	80	129
KAPITALTRANSFERS	-30	-95	-81	-122	-328	4	-39	-36
SALDO DER KAPITALVERKEHRSBILANZ	-3 944	-2 855	-4 102	-6 547	-17 448	-9 217	-9 197	-18 414
<i>Saldo der Direktinvestitionen</i>	227	188	63	687	1 164	188	315	503
Direktinvestitionen im Ausland	-415	-563	-597	-570	-2 145	-380	-202	-582
Direktinvestitionen in Russland	642	751	659	1 257	3 309	569	517	1 085
<i>Saldo der Portfolioinvestitionen</i>	67	-620	-41	-440	-1 034	623	-1 629	-1 006
Forderungen	-23	-202	306	172	254	37	9	47
Verbindlichkeiten	90	-418	-347	-612	-1 287	585	-1 638	-1 053
<i>Sonstige Kapitalbewegungen</i>	-5 311	-705	-5 201	-4 409	-15 625	-7 019	-1612	-8 631
Forderungen	-6 306	-317	-4 899	-3 571	-15 093	-6 459	-1 206	-7 664
Veränderung der Barbestände	186	1 025	-473	68	806	-33	430	397
Laufende Konten und Depositen	-1 095	-1 535	-473	-786	-3 889	-1 476	-595	-2 071
Handelskredite	-2 032	788	-2 570	-1 961	-5 773	-1 106	12	-1 094
Sonstige Kredite	1 800	2 187	139	731	4 857	1 622	985	2 606
Überfällige Zahlungen	-4 073	-1 312	-231	-188	-5 805	-3 808	-690	-4 498
Nicht eingegangene Exporterlöse und Importvorschüsse	-960	-1 504	-1 342	-1 245	-5 051	-994	-1 087	-2 081
Sonstige Forderungen	-132	34	50	-191	-240	-664	-260	-924
Verbindlichkeiten	995	-388	-301	-838	-532	-560	-407	-967
Veränderung der Barbestände	-2	1	-7	11	3	23	42	65
Laufende Konten und Depositen	-258	644	-378	153	162	148	-348	-200
Handelskredite	104	77	48	-224	5	0	0	0
Sonstige Kredite	-1 318	-2 134	2 250	-1 333	-2 535	-1 083	-1 378	-2 462
Überfällige Zahlungen	2 437	1 198	-2 200	601	2 036	296	1 190	1 487
Sonstige Verbindlichkeiten	33	-174	-14	-46	-201	56	88	144
<i>Reserveaktiva</i>	969	-1 611	1 091	-2 227	-1 778	-3 102	-6 219	-9 321
<i>Korrekturposten^a</i>	104	-107	-14	-158	-176	92	-52	41
FEHLER UND KORREKTURPOSTEN (NETTO)	-484	-1 255	-1 617	-4 169	-7 525	-2 946	-1 568	-4 514

^aDer Korrekturposten wurde eingefügt, um die entsprechend der 5. Ausgabe des IWF-Zahlungsbilanzhandbuchs dargestellten Zahlungsbilanzdaten mit den auf der Basis nationaler Richtlinien erstellten Daten zu den Reserveaktiva in Übereinstimmung zu bringen. Die Methode zur Ermittlung der Reserveaktiva unterscheidet sich folgendermaßen von der Methode des Handbuchs: bis zum 3. Quartal 1999 wurden die kurzfristigen Fremdwährungskonten bei in Russland ansässigen Banken zu den Reserveaktiva gerechnet; ab dem 3. Quartal 1999 werden die Reserveaktiva um den Gegenwert von Fremdwährungskonten in Russland ansässiger Banken bei der Russischen Zentralbank bereinigt (ausschl. der Devisen, die die Zentralbank zur Bedienung staatlicher Auslandsschulden bereitstellt).

Quelle: Zentralbank der Russischen Föderation unter www.cbr.ru/eng/dp/P_balance00.htm.

³⁰ Vgl. http://www.cbr.ru/eng/dp/P_balance99.htm und http://www.cbr.ru/eng/dp/P_balance00.htm; Stand: 16. November 2000.

³¹ Goskomstat nach der Statistik der russischen Zentralbank.

Die Aktivierung der Leistungsbilanz nach der Krise war zunächst fast ausschließlich auf Importsubstitution zurückzuführen. In der ersten Hälfte 2000 stabilisierten sich dann die Importe auf dem niedrigen Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Zugleich stiegen die Exporte auf mehr als das Doppelte. Entsprechend weitete sich der Leistungsbilanzüberschuss aus. Der Exportboom reflektiert hauptsächlich den gestiegenen Ölpreis. Mengenmäßig haben die Exporte allerdings auch von der Abwertung profitiert, vor allem im Rohstoffbereich. Inzwischen stoßen die Ausfuhren in diesem Bereich jedoch zunehmend an Kapazitätsgrenzen.

Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf den Weltenergiemärkten haben die EU und Russland auf ihrem Gipfeltreffen Ende Oktober 2000 neuerlich eine strategische Energiepartnerschaft vereinbart. Eine Arbeitsgruppe soll die Möglichkeiten für eine Erhöhung der Energieimporte der EU aus Russland analysieren und den Bedarf an Infrastrukturinvestitionen ermitteln.³² Bislang wurden vor allem Vorstellungen über die Erweiterung der Transportkapazitäten bei Erdgas entwickelt. Die russische Gazprom hat mit der Gaz de France ein Kooperationsprojekt im Umfang von 1 bis 2 Mrd. Dollar vereinbart, das auch den Bau einer Pipeline von Russland, über Weißrussland, Polen und die Slowakei nach Westeuropa vorsieht. Mit dieser Route soll die Ukraine als bisher wichtigstes, aber vornehmlich aus russischer Sicht nicht immer zuverlässiges Transitland umgangen werden. Polen, das aus politischen Gründen eine Umgehung der Ukraine ablehnt, sieht die Route weiterhin kritisch. Nicht bekannt ist, unter welchen Bedingungen Weißrussland den Transit gewährt. Insgesamt bleibt daher abzuwarten, ob eine Einigung zwischen Russland als Gasproduzent, Polen und Weißrussland als wichtige Transitländer sowie den westeuropäischen Abnehmern zustande kommt.

Das Defizit in der Kapitalverkehrsbilanz hat sich im ersten Halbjahr 2000 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgeweitet. Die Nettokapitalexporte nahmen von 6,3 Mrd. auf gut 9 Mrd. Dollar zu. Negativ wirkte sich besonders die geringere Zunahme der russischen Zahlungsrückstände gegenüber ausländischen Gläubigern (etwa 2,2 Mrd.) aus. Die ohnehin geringen Zuflüsse bei den ausländischen Direktinvestitionen waren leicht rückläufig. Auch die erhaltenen Portfolioinvestitionen gingen erneut zurück. Sie beliefen sich nur noch auf einen Bruchteil des Vorkrisenniveaus.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung gab zu der Hoffnung Anlass, dass die Kapitalflucht abnehmen oder sogar ausländische Investoren nach Russland zurückkehren würden. Diese Hoffnungen haben sich bestenfalls teilweise erfüllt. Gemessen an den statistisch nicht zuzuordnenden Transaktionen, die einen Kapitalabfluss von 4,5 Mrd. Dollar im ersten Halbjahr 2000 gegenüber 1,7 Mrd. im entsprechenden Vorjahreszeitraum ausweisen, hat sich das Problem der Kapitalflucht sogar verschärft. Die absoluten Größen geben allerdings nur Aufschluss über die Tendenz, nicht über den tatsächlichen Umfang der Kapitalflucht, der wesentlich höher vermutet wird. Die verschiedenen Maßnahmen, mit denen versucht wurde, die Kapitalströme zu regulieren, haben sich als wenig effektiv erwiesen.³³ Außerdem gibt es bisher kaum Anzeichen dafür, dass Russland an Attraktivität als Standort für ausländische Direktinvestitionen gewinnt. Dagegen fassen die inländischen Investoren offenbar zunehmend Vertrauen in die Wirtschaft des Landes. Während noch im Vorjahr fast die Hälfte der inländischen Ersparnisse legal oder illegal ins Ausland geflossen sein dürfte, deuten die Prognosen für das Jahr 2000 darauf hin, dass gut zwei Drittel der inländischen Ersparnisse in die russische Wirtschaft investiert wurden.^{34, 35}

³² Derzeit importiert die EU aus Russland etwa 34 Prozent ihrer gesamten Erdgas- und etwa 13 Prozent ihrer gesamten Erdöleinfuhren. Für Deutschland belaufen sich die entsprechenden Anteile auf etwa 44 Prozent bzw. 21 Prozent. Vgl. Russische Energiewirtschaft nach der Finanzkrise. Bearbeiter: Hella Engerer, Petra Opitz und Christian von Hirschhausen. In: DIW-Wochenbericht 22/99, S. 404.

³³ Unter anderem bestehen die Beschränkungen für den Umtausch der in den sogenannten S-Konten eingefrorenen Guthaben und für die Repatriierung der Erlöse aus dem Verkauf von Staatsschuldtiteln weiter. Vgl. International Monetary Fund (IMF), Staff Report for the 2000 Article IV Consultations, Washington, D.C., 2000 (www.imf.org).

³⁴ Im ersten Halbjahr 1998, also unmittelbar vor Ausbruch der Zahlungsbilanzkrise, wurden sogar über 80 Prozent der inländischen Ersparnisse exportiert.

Neben der chronischen Schwäche des russischen Bankensektors dürfte die Zurückhaltung ausländischer Investoren auch daher rühren, dass die Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club der staatlichen Gläubiger noch nicht abgeschlossen sind. Bis zum November 2000 hatte der Pariser Club noch keine Entscheidung über langfristige Schuldenerleichterungen getroffen. Die relativ hohen Überschüsse im russischen Staatshaushalt haben die Kompromissbereitschaft der Gläubigerseite weiter reduziert.³⁶ Allerdings liegt die Verantwortung nicht allein auf Seiten der staatlichen Gläubiger, denn die russische Seite hat zur Verunsicherung ausländischer Investoren durch die Art und Weise, wie sie die Schuldenkrise behandelt hat, deutlich beigetragen.³⁷

VII. Institutionelle Reformen

Die Verbesserung von Institutionen gilt als eine der wichtigsten Aufgaben russischer Reformpolitik. Institutionelle Defizite, so die in den letzten Jahren häufig geäußerte Hypothese, waren ein entscheidender Faktor, der dem wirtschaftlichen Aufschwung in Russland entgegenstand. Auch nach der Finanzkrise 1998 dominierten auf ordnungspolitischem Gebiet Ad-hoc-Maßnahmen.³⁸ Daher war es für die Wirtschaftssubjekte kaum möglich, stabile Erwartungen über den künftigen politischen wie wirtschaftlichen Kurs zu bilden. Erstaunlich mag daher anmuten, dass sich die russische Wirtschaft offenbar erholt. Hierfür sind folgende Erklärungsmuster denkbar: Erstens könnten Institutionen doch eine geringere Rolle im Transformationsprozess — und speziell für die Investitionstätigkeit — spielen als vermutet.³⁹ Zweitens ist es möglich, dass zwar institutionelle Mängel bestehen, die Wirtschaftsakteure aber in absehbarer Zeit eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erwarten und daher bereits heute Investitionen tätigen. Am wahrscheinlichsten ist jedoch, dass die institutionellen Schwächen nur durch den Abwertungseffekt, die Reallohnsenkung und die gestiegenen Ölpreise überkompensiert wurden und für eine dauerhafte Erholung letztlich doch die Institutionen grundlegend verbessert werden müssen.

Vor allem ausländische Investoren bewerten das institutionelle Umfeld offenbar noch immer als unzureichend. Die ausländischen Investitionen, die im Jahr 1997 brutto 12,2 Mrd. Dollar erreicht hatten und mit der Finanzkrise zurückgegangen waren (1. Halbjahr 1998: 7,7 Mrd. Dollar; 2. Halbjahr 1998: 4,1 Mrd. Dollar), verharrten in den beiden Folgejahren auf einem Niveau von etwa 9,5 Mrd. Dollar pro Jahr. Auch die anhaltend hohe Kapitalflucht der Inländer ist ein Indiz für institutionelle Defizite.

35 Auf der Basis der Projektionen des IWF für das Gesamtjahr 2000 betrug die Ersparnis 28,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder rund 65 Mrd. Dollar. Wenn man die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen als Maß für die Kapitalflucht heranzieht, beliefen sich die legalen und illegalen Nettokapitalexporte auf 20,7 Mrd. Dollar. Die legal erfassten Nettokapitalexporte betragen 18,5 Mrd. Dollar. Im Jahr 1999 lag die Ersparnis bei rund 49 Mrd. Dollar, die Nettokapitalexporte bei 23,6 (einschließlich Kapitalflucht) bzw. 16,6 Mrd. Dollar (offiziell).

36 Daily News and Views — New European Markets, Middle East and South Africa. Goldman Sachs Economics, Moskau, November 2000.

37 Der jüngste Vorschlag der russischen Seite zur Lösung des Schuldenproblems beinhaltet, die Schulden teilweise in Beteiligungen an russischen Unternehmen umzuwandeln. Die Erfolgsaussichten dieses Vorschlages sind jedoch skeptisch zu beurteilen, nicht zuletzt, weil er selbst innerhalb der russischen Regierung offenbar auf erheblichen Widerstand stößt.

38 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik. In: DIW-Wochenbericht 51–52/1998, S. 957 ff.; Kieler Diskussionsbeitrag 330/331; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Schuldenstreichung statt Reformen? In: DIW-Wochenbericht 19/1999, S. 358 ff.; Kieler Diskussionsbeitrag 340.

39 Dies wird auch in der Fachliteratur diskutiert. Vgl. u. a. O. Havrylyshyn, R. van Rooden: Institutions Matter in Transition, but so do Policies, IWF Working Paper (WP/00/70). Eine kritische Durchsicht der wichtigsten Studien, die den Zusammenhang von Institutionen und Wachstum untersuchen, bietet Janine Aron: Growth and Institutions: A Review of Evidence. In: *The World Bank Observer*, 15/1, S. 99–135.

Die neue russische Regierung hat ihre Vorstellungen zu künftigen Reformen in einem wirtschaftlichen Modernisierungsplan für den Zeitraum 2000–2001 sowie in einer Entwicklungsstrategie bis zum Jahre 2010 niedergelegt.⁴⁰ Zu den wichtigen Punkten beider Programme gehören der Schutz der Eigentumsrechte sowie allgemein die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Wirtschaftsverwaltung, außerdem die Erleichterung des Marktzutritts und die Stärkung des Wettbewerbs einschließlich der Deregulierung, schließlich Reformen des Finanzsektors sowie weitreichende Steuerreformen. Während die Steuerreform bereits eingeleitet wurde, sollen in anderen Reformbereichen erst noch konkrete Vorschläge erarbeitet werden. Abzuwarten bleibt jedoch, ob dies bei umstrittenen Vorhaben wie der Demonopolisierung sowie der Klärung des Rechts auf Privateigentum an Boden in naher Zukunft tatsächlich gelingen wird.⁴¹ Hinzu kommt, dass sich erst anhand der Konkretisierung von Vorschlägen zeigen wird, ob die einzelnen Reformmaßnahmen untereinander konsistent sind. Offen ist schließlich auch, ob sich der Staat tatsächlich darauf beschränken wird, die Spielregeln der Marktwirtschaft zu schaffen und durchzusetzen, oder ob und wie stark er sich selektiv in das Wirtschaftsgeschehen einmischen wird. Insgesamt bieten die Programme den Wirtschaftsakteuren wenigstens grobe Anhaltspunkte für künftige Reformen. Eine Stabilisierung der Erwartungen kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Regierung ihre Vorhaben als selbstverpflichtend betrachtet und die Reformen konsequent angeht. Dies würde letztlich auch ihre eigene Glaubwürdigkeit stärken.

Als Beispiel für inkonsequentes Vorgehen kann die Privatisierung staatlicher Unternehmen gelten. Entgegen der Ankündigung im Modernisierungsplan, einen Großteil noch staatlicher Unternehmen rasch zu privatisieren,⁴² kam es im Jahr 2000 wie bereits in den Vorjahren zu Verzögerungen und zur Einstellung von Verfahren. So wurde der Verkauf von Anteilen an dem Gasmonopolisten Gazprom und dem Ölunternehmen Slavneft' verschoben und der Verkauf von Anteilen an der Ölgesellschaft Rosneft' gestoppt. Offiziell wird dieses Vorgehen damit begründet, dass sich derzeit nur ein geringer Verkaufspreis realisieren ließe.⁴³ Im ersten Halbjahr 2000 wurden insgesamt 919 Objekte,⁴⁴ darunter auch Betriebsteile und Immobilien, privatisiert und Erlöse in Höhe von 6,4 Mrd. Rbl. erzielt (Tabellen 12 und 13).⁴⁵ Im Gesamtjahr 2000 werden die Privatisierungserlöse allerdings deutlich über denen des Vorjahres (12,1 Mrd. Rbl.) liegen,⁴⁶ da im zweiten Halbjahr Verkäufe getätigt wurden, bei denen der Verkaufspreis den Eröffnungspreis stark übertraf.⁴⁷ Offenbar finden im Unterschied zu den Vorjahren, als Insider Unternehmen zu einem Preis erwerben konnten, der nur geringfügig über dem Er-

40 Vgl. Rasporjaženie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii: „Plan dejstvij Pravitel'stva Rossijskoj Federacii v oblasti social'noj politiki i modernizacii ekonomiki na 2000–2001 gody“, in: Sobranie zakonadatel'stva Rossijskoj Federacii Nr. 33/2000, S. 6809–6857; Strategia razvitija Rossijskoj Federacii do 2010 goda (proekt), Moskau 2000, mimeo.

41 Die Verabschiedung des Bodengesetzes verzögert sich weiterhin. In den vergangenen Jahren haben daher einzelne Regionen eigene bodenrechtliche Regelungen erlassen und Landauktionen durchgeführt. Im Oktober 2000 hat die Stadt Moskau erstmals ein Grundstück an einen privaten Investor verkauft. Um die Rechtssicherheit zu erhöhen, ist allerdings ein Bodenrecht nötig, das föderationsweit gilt. Fortschritte sind beim Hypothekengesetz zu erwarten. Die Duma hat im Herbst 2000 in erster Lesung der Aufhebung des bislang bestehenden Verbots von Hypotheken auf landwirtschaftlich genutzten Boden zugestimmt. Vgl. Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen. In: DIW-Wochenbericht 15/2000, S. 212; Kieler Diskussionsbeitrag 360; Bank of Finland. *The Week in Review*, Nr. 40/2000, S. 1; RFE/RL vom 23.10.2000.

42 Dieses Vorhaben wurde im Herbst 2000 bekräftigt. Die Regierung kündigte an, innerhalb der nächsten drei Jahre rd. 3 000 Staatsunternehmen zu verkaufen. Vgl. z.B. *Russia Today* vom 30. Oktober 2000.

43 Der Grund für den Verkaufsstopp von Rosneft' ist neben einem geringen Verkaufspreis der Plan der Regierung, das Ölunternehmen mit der Wahrung ihrer Interessen im Rahmen von Production-Sharing-Abkommen zu beauftragen. Der Verkauf von Rosneft'aktien war bereits 1998 vorgesehen, konnte zum damaligen Zeitpunkt aufgrund mangelnder Angebote aber nicht realisiert werden. Vgl. vwd-Russland vom 5. September 2000, S. 1.

44 Seit Beginn der Privatisierung wurden rd. 134 000 Unternehmen privatisiert. Dies entspricht etwa 60 Prozent der ursprünglich vorhandenen Staatsunternehmen. Vgl. *Russia Today* vom 30. Oktober 2000.

45 Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–jul' 2000 goda, Moskau 2000, S. 124 ff.

46 Ende Oktober 2000 beliefen sich allein die föderalen Einnahmen auf 37,5 Mrd. Rbl. Vgl. RFE/RL vom 10. November 2000.

47 So wurde beim Verkauf von 85 Prozent der Aktien am Ölunternehmen Onako mit einem Verkaufspreis in Höhe von 1,08 Mrd. Dollar der Eröffnungspreis um mehr als das Doppelte übertroffen.

öffnungspreis lag, Auktionen zuletzt eher unter Marktbedingungen statt.⁴⁸ Faire Bedingungen sind eine wichtige Voraussetzung, wenn sich auch ausländische Investoren stärker an der Privatisierung beteiligen sollen. Zunächst muss jedoch die Regierung ihre Privatisierungsvorhaben tatsächlich umsetzen und angekündigte Privatisierungen nicht verschieben oder stoppen. Dies gilt umso mehr, als eine effiziente Leitung der in Staatshand verbleibenden Unternehmen bzw. Unternehmensanteile nicht gewährleistet ist. Für eine Verbesserung der Leitung von Staatsunternehmen wurden in der Vergangenheit zwar mehrmals Vorschläge unterbreitet, die auch ansatzweise umgesetzt wurden.⁴⁹ Eine tatsächliche Effizienzsteigerung wurde hierdurch aber offenbar nicht erreicht. Dies ist auch in Zukunft kaum zu erwarten, da im Modernisierungsplan nur vage Vorstellungen zur Reform von Leitung und Verwaltung der Staatsunternehmen enthalten sind.

Tabelle 12: Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen (Objekte) 1992–2000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 1. Hj.	Insgesamt
Insgesamt	46 815	42 924	21 905	10 152	4 997	2 743	2 129	1 536	919	134 120
davon vormals in:										
Kommunaleigentum	—	26 340	11 108	6 960	3 354	1 821	1 544	1 134	—	—
Eigentum der Föderationssubjekte	—	9 521	5 112	1 317	715	548	321	298	—	—
Eigentum der Föderation	—	7 063	5 685	1 875	928	374	264	104	—	—

Quelle: Goskomstat (Russii): *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–ijul' 2000 g.*, S. 124; Rossija v cifrach, Moskau 2000, S. 127 f.

Tabelle 13: Einnahmen aus der Privatisierung 1993–2000 (Mrd. Rubel)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 1. Hj.
Insgesamt	0,36	0,98	3,57	2,81	24,7	17,5	12,1	6,4
davon:								
Föderation	0,07	0,12	1,14	0,90	18,0	15,0	8,5	4,1
Föderationssubjekte	0,10	0,18	0,52	0,42	3,3	0,9	1,9	1,2
Kommunen	0,13	0,40	0,96	0,91	0,7	1,0	0,9	0,5
Sonstige	0,06	0,29	0,95	0,58	2,7	0,6	0,8	0,6

Quelle: Goskomstat (Russii): *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–ijul' 2000 g.*, S. 128; Rossija v cifrach, Moskau 2000, S. 172 f.

Ein Hauptanliegen des Modernisierungsplans ist die Schaffung eines guten Investitionsklimas. Bürokratische Hemmnisse sollen abgebaut, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Investoren geschaffen, Subventionen an ineffiziente Unternehmen gestrichen und der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft

⁴⁸ Aufgrund eines zu geringen Verkaufspreises hat die Generalstaatsanwaltschaft im Sommer 2000 die Rechtmäßigkeit des Mitte der 90er Jahre im Rahmen der sogenannten Kredit-gegen-Pfand-Aktion getätigten Transfers von Aktien an Unternehmen Norilsk-Nickel an die Oneximbank angefochten. Nachdem eine außergerichtliche Einigung nicht erzielt wurde, steht nun eigentlich eine gerichtliche Untersuchung an. Falls der Verkauf tatsächlich als illegal eingestuft wird, könnte es zu weiteren Revisionen von Privatisierungsfällen im Rahmen der Kredit-gegen-Pfand-Aktion kommen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass das Gerichtsverfahren eingestellt wird, da im Rahmen der derzeit laufenden Restrukturierung von Norilsk-Nickel das Unternehmen letztlich liquidiert und das Vermögen an ein Tochterunternehmen übertragen werden soll. Anzumerken ist, dass im Zuge der Restrukturierung kritisiert wird, dass die rechtlich nur unzureichend geschützten Minderheitsaktionäre benachteiligt werden könnten. Vgl. zur Kredit-gegen-Pfand-Aktion: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) and Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. In: DIW-Wochenbericht 51–52/1995, S. 895; Kieler Diskussionsbeitrag 262. Zur Restrukturierung von Norilsk-Nickel vgl. *The Moscow Times* vom 5. Oktober 2000.

⁴⁹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Wachstumsperspektive fehlt weiterhin — Schuldenerlass keine Lösung. In: DIW-Wochenbericht 49/99, S. 907 f.; Kieler Diskussionsbeitrag 355.

reduziert werden. Offen ist allerdings, inwieweit der Staat seine Rolle wirklich neu definiert. Im Herbst 2000 wurde angekündigt, dass die Reformen sogenannter natürlicher Monopole (u.a. im Gas- und Stromsektor, der Eisenbahn⁵⁰ und Telekommunikation) nur unter strenger staatlicher Kontrolle angegangen werden sollen. Zudem wurden die vom IWF wiederholt angemahnte Entflechtung des Gasunternehmens Gazprom und die Öffnung des Gasmarktes verschoben.⁵¹ Für unabhängige Gasproduzenten ist es insbesondere schwierig, Zugang zum Pipelinesystem zu erhalten. Ähnlich ist die Lage im Ölsektor. Dieser wurde zwar in der Vergangenheit weitgehend liberalisiert, dereguliert und hinsichtlich der Förderunternehmen auch privatisiert. Noch aber kontrollieren die Transportunternehmen 'Transneft' und Transnefteprodukt, an denen der Staat zu 75 Prozent bzw. 100 Prozent beteiligt ist,⁵² den Großteil der Ölexporte.⁵³ Im Herbst 2000 wurde darüber diskutiert, für einen Teil der Gas- und Ölexporte Durchleitungsrechte zu auktionieren.⁵⁴ Es bleibt abzuwarten, ob durch eine nur teilweise Versteigerung die Monopolstellung von Gazprom, 'Transneft' und Transnefteprodukt spürbar geschwächt und die Position unabhängiger Produzenten tatsächlich verbessert werden wird.

Damit sich ausländische Investoren künftig verstärkt in Russland engagieren, fehlen noch wichtige Signale. So wurde eine Änderung des Production-Sharing-Gesetzes mit dem Ziel, die Beteiligung von Ausländern an der Erschließung von Ölvorkommen zu erhöhen, noch nicht vorgenommen.⁵⁵ Zwar wurden in jüngerer Zeit weitere Lagerstätten für den gemeinsamen Abbau zugelassen. Um den Marktzutritt für Ausländer zu erleichtern, soll eine spezielle Agentur gegründet werden.⁵⁶ Derzeit wird der Abschluss von Production-Sharing-Verträgen aber u.a. aufgrund bürokratischer Hemmnisse erschwert. Das Engagement ausländischer Investoren in der russischen Energiewirtschaft ist insgesamt zurückgegangen: Die ausländischen Investitionen in diesem Sektor beliefen sich im ersten Halbjahr 2000 auf etwa 300 Mill. Dollar; dies ist nur ein Fünftel der entsprechenden Vorjahresperiode.⁵⁷ Die rückläufigen Investitionen gerade in dem als attraktiv einzustufenden Energiesektor deuten darauf hin, dass ausländische Investoren das institutionelle Umfeld noch als unsicher bewerten. Dies könnte sich

-
- 50 Ein Plan zur Reform des Eisenbahnwesens soll bis 1. April 2001 entwickelt werden. Vgl. *The Moscow Times* vom 10. November 2000.
- 51 Die Konzentration in der Gasbranche hat in jüngster Zeit eher zugenommen. Das russische Kartellamt hat der Mehrheitsbeteiligung von Gazprom an Sibur, einem Unternehmen, das hauptsächlich in der Weiterverarbeitung von Naturgas tätig ist, im Herbst 2000 zugestimmt. Demgegenüber sieht der Modernisierungsplan eine Demonopolisierung der Gasbranche und auch eine neue Regulierung der Gaspreise vor. Der Preis für Gas auf dem inländischen Markt erreicht derzeit nur etwa 15 Prozent des Weltmarktpreises. Außerdem soll laut Modernisierungsplan der Anteil von Erdgas an der Primärenergieversorgung in Zukunft sinken. Dies wäre eine Neuorientierung in der Energiepolitik, die bisher auf einen steigenden Beitrag des Erdgases zur Inlandsversorgung ausgerichtet war. Vgl. *The Moscow Times* vom 18. Oktober 2000 sowie vom 24. Oktober 2000.
- 52 Das Privatisierungsministerium hat den Verkauf von Anteilen an den Transportunternehmen für das Jahr 2001 vorgeschlagen. Der Vorschlag wird von den Unternehmen und vom Energieministerium aber nicht unterstützt. Vgl. *The Moscow Times* vom 21. Oktober 2000.
- 53 Den einzelnen Ölgesellschaften werden bislang Exportmengen für die Durchleitung durch das Pipelinennetz von 'Transneft' zuteilt. Zudem wurden in der Vergangenheit die Transportkosten erhöht. Die Ölgesellschaften suchen daher alternative Exportmöglichkeiten (u.a. Verschiffung). Allerdings wurden, um die inländische Versorgung sicherzustellen, die Produzenten von Ölprodukten im Herbst 2000 verpflichtet, einen Großteil ihrer Produktion am Binnenmarkt zu verkaufen. Zudem wurden die Exportzölle auf Diesel und Benzin (bisher 25 Euro/t) auf 32 Euro/t erhöht. Der Zoll auf Rohöl wurde von 27 Euro/t im November auf 34 Euro/t angehoben. Insgesamt sind Maßnahmen wie die Erhöhung der Exportzölle und Beschränkungen des Exportvolumens nur begrenzt wirksam, so dass illegale Exporte nicht verhindert werden können. Vgl. *vwd-Russland* vom 18. Oktober 2000, S. 2, vom 12. September 2000, S. 1 sowie vom 31. August 2000, S. 1; *Russian Economic Trends, Monthly Update*, 11. Oktober 2000, S. 12; *The Moscow Times* vom 4. November 2000.
- 54 *vwd-Russland* vom 13. November 2000, S. 1.
- 55 Bislang wurden 21 Projekte im Rahmen von production-sharing-agreements bewilligt, aber nur bei drei Projekten sind die Tätigkeiten auch wirklich angelaufen. Vgl. Bank of Finland: *Russian & Baltic Economies. The Week in Review*, No. 44/2000, S. 1.
- 56 *vwd-Russland* vom 1. September 2000, S. 1.
- 57 Vgl. Goskomstat: *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–ijul' 2000 goda*, Moskau 2000, S. 136. Daten über ausländische Investitionen in einzelnen Energiebereichen liegen nicht vor.

langfristig ändern, wenn — etwa im Rahmen der russisch-westeuropäischen Energiekooperation — die Rechtssicherheit für Investoren tatsächlich erhöht werden sollte.

Die Fremdfinanzierung von Investitionen wird durch institutionelle Defizite im Finanzsektor behindert. Die Bankenaufsicht, die Einlagensicherung sowie die Regelungen zum Konkurs von Kreditorganisationen sollen laut Modernisierungsplan verbessert werden.⁵⁸ Geplant ist ferner, das Spektrum der verfügbaren Finanzinstrumente zu erweitern und insbesondere langfristige Finanzierungsformen zu fördern. Im Herbst 2000 wurde über das 1998 verabschiedete Leasinggesetz debattiert.⁵⁹ Hintergrund der Debatte sind Regelungen des Leasinggesetzes, die mit Vorschriften des Zivilgesetzbuches sowie u. a. hinsichtlich von Abschreibungsfristen des neuen Steuerkodex unvereinbar sind. Die hieraus resultierende Rechtsunsicherheit für Leasinggeber wie Leasingnehmer behindert die Entwicklung des bislang unbedeutenden Leasingmarktes.⁶⁰ Hinzu kommt, dass der Marktzutritt ausländischer Leasinggesellschaften aufgrund der bestehenden Praxis der Lizenzvergabe schwierig ist. Ausländer vermeiden grenzüberschreitende Leasinggeschäfte, wenn sie Schwierigkeiten bei der Zahlung von Leasingraten oder bei einer eventuellen Eigentumsrückforderung befürchten. Auf russischer Seite sind von den nach wie vor bestehenden Problemen auf dem Leasingmarkt vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen betroffen, für die der Zugang zu langfristigen Bankkrediten schwierig ist und für die Leasing eine alternative Form langfristiger Finanzierung bieten würde.⁶¹

Auch wenn Russland in den vergangenen Jahren gewisse Fortschritte bei institutionellen Reformen gemacht hat, bestehen nach wie vor institutionelle Defizite, die zwar kurzfristig in den Hintergrund treten können, deren negative Wirkungen auf das Investitionsklima aber bestehen bleiben. Dies zeigte sich bereits in anderen Transformationsländern (u. a. Tschechien), in denen zunächst hohe Investitionsraten auf eine dauerhafte Erholung der Wirtschaft hoffen ließen, in denen dann aber Investitions- und Wachstumsrückgänge hingenommen werden mussten, nicht zuletzt weil die institutionellen Probleme nicht gelöst worden waren.

VIII. Zusammenfassung

Das im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr noch einmal beschleunigte Wachstum der russischen Wirtschaft kann (mit Raten von etwa 7 Prozent beim BIP und etwa 20 Prozent bei den Investitionen) im internationalen Vergleich sehr gut bestehen. Auch sonst sieht die Lage auf den ersten Blick gut aus. Die Inflation bewegt sich im erträglichen Bereich, die abwertungsbedingten Vorteile dürften zunächst bestehen bleiben, das Haushaltsdefizit hat sich in einen Überschuss gewendet, der Wechselkurs ist stabil.

Der Aufschwung mag insofern überraschend erscheinen, als wesentliche Reformaufgaben nach wie vor ungelöst sind. Die institutionellen Defizite konnten jedoch durch Kosten- und Ertragsvorteile

⁵⁸ Vgl. zum Gesetz über die Insolvenz von Kreditorganisationen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Schuldenstreichung statt Reformen. In: DIW-Wochenbericht 19/99, S. 359; Kieler Diskussionsbeitrag 355. Änderungen des Insolvenzgesetzes für Unternehmen wurden im Frühjahr 2000 diskutiert, aber nicht beschlossen. Vgl. Bank of Finland. Russian and Baltic Economies. *The Week in Review*, Nr. 15/2000 sowie 18/2000.

⁵⁹ Vgl. Federal'nyj zakon „O lizinge“. In: Sobranie zakonodatej'stva Rossiskoj Federacij Nr. 44/1998, S. 9817–9832.

⁶⁰ Die Leasingaktivitäten haben in jüngerer Zeit offenbar nicht nennenswert zugenommen. Im ersten Halbjahr 2000 schlossen Unternehmen bei Leasinggesellschaften Verträge in Höhe von 0,4 Mrd. Rubel ab. Der Anteil der Aufwendungen für Leasing an den Investitionen in Grundkapital betrug wie in der Vorjahresperiode nur 0,1 Prozent. Das Leasingvolumen soll sich Schätzungen zufolge auf etwa 500 bis 700 Mill. Dollar belaufen (1994: 3 Mill. Dollar). Insgesamt sind die Leasingaktivitäten in Russland weitaus geringer als in anderen Transformationsländern. Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'–ijul' 2000 goda, Moskau 2000, S. 135 sowie. *The Moscow Times* vom 5. Oktober 2000.

⁶¹ In Russland existieren ca. 900 000 Kleinunternehmen, in denen rd. 9 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt sind.

überkompensiert werden: Auf der Kostenseite war es nach der Krise des Jahres 1998 zu einer drastischen Absenkung der Reallöhne gekommen, auf der Ertragsseite wirkten sich die kräftig gestiegenen Weltmarktpreise für Erdöl und die Abwertung des Rubels positiv aus. Im Ergebnis haben die Unternehmensgewinne stark zugenommen, und zwar so sehr, dass sowohl deutlich höhere Investitionen als auch eine weiterhin hohe Kapitalflucht finanziert werden konnten.

Abgesehen vom Problem der Kapitalflucht lässt der gegenwärtige Aufschwung also schon deshalb zu wünschen übrig, weil er durch eine nochmalige Absenkung des Lebensstandards erkaufte wurde, die — in Verbindung mit den „windfall-profits“ aus der Ölpreissteigerung und der abwertungsbedingten Importsubstitution — die institutionellen Schwächen überspielt hat. Hinzu kommt, dass sich der Haushaltsüberschuss bei einer genaueren Betrachtung zu einem wesentlichen Teil auch als Ergebnis einer Verlagerung staatlicher Einnahmen aus den Haushalten der Gebietskörperschaften in den (Zentral-) Haushalt der Föderation erweist.

Noch bedenklicher ist, dass sich das Wirtschaftswachstum derzeit auf einem nicht durchhaltbaren Kurs befindet. Der neuerliche Anstieg der Reallöhne von zuletzt weit über 20 Prozent kann nicht sehr lange mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 7 Prozent und einem Investitionswachstum von 20 Prozent verträglich bleiben. Kommt es hier zu keiner Anpassung, vor allem in Form einer mäßigeren Reallohnentwicklung, so werden die realwirtschaftlichen Inkompatibilitäten über kurz oder lang quasi automatisch korrigiert. Die wahrscheinlichste Form einer solchen Korrektur wäre ein kräftiges Wiederaufleben der Inflation, wenn der gegenwärtige Geldmengenanstieg nicht mehr durch eine erhöhte Geldnachfrage aufgefangen würde. Neuerliche realwirtschaftliche Rückschläge würden dann nicht ausbleiben.

Wenn der politische Wille und die politische Kraft zu Korrekturen und Reformen aufgebracht werden, dann sind in den Jahren 2000 und 2001 weiterhin hohe Wachstumsraten von 5 Prozent und darüber — bei sinkender Inflation und kräftigem Investitionswachstum — durchaus vorstellbar. Bleiben dagegen die Korrekturen aus, dann steigt die Wahrscheinlichkeit eines neuerlichen realwirtschaftlichen Rückschlags. Dieser könnte zwar durch fortgesetzt hohe Energiepreise abgemildert werden, und die politische Untätigkeit mag dann vordergründig als gerechtfertigt erscheinen. Dies ändert jedoch nichts an dem Schaden, den die russische Wirtschaft beim Ausbleiben einer Kurskorrektur nehmen würde.